

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark. Einzelnummer 25 Pfennig
Kontokonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. A.-G.
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16
Fernsprecher S.-A. 628-41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: Für den Stellenmarkt die 10 gepaltene Millimeter-
zeile 90 Pf. Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Der Weg in die Freiheit

F. K. In den Wahlreden und Schriften unserer berufsmäßigen Patrioten spielte „Deutschlands Verflachung durch den Versaillescher Schandvertrag“ wieder mal eine große Rolle. Sie wurde in Tönen heller Empörung über die brutalen Sieger und ihrer „inländischen Helfershelfer“ abgewandelt. Als dem Genüge geleistet wurde, wurde kund und zu wissen getan, wie das fremde Joch abzuwickeln, der „Weg in die Freiheit“ zu finden sei. Das wäre nun hier gewiß nicht des Erwähnens wert, zumal ja die Wahlbewegung vorbei ist. Allein, manche Zeichen deuten darauf hin, daß unsere Patrioten mit diesem Stoff noch weiter hausieren und trachten werden, ihn in kleinen Städten und Landorten abzupfeifen. Und schließlich werden auch unsere Leser, die ja an der Last des Friedensvertrages schwer mit zu tragen haben, gespannt sein, diesen Weg in die Freiheit kennenzulernen. Darum sei er ohne Umschweife mitgeteilt:

Frankreich besitzt ein stehendes Heer von 637.000 Mann, Polen eins von 210.000, die Tschechoslowakei eins von 150.000. Deutschland aber darf bei einer Bevölkerung von 60 Millionen nur ein Heer von 100.000 Mann halten. Solange dieser Zustand besteht, wird unser Vaterland nicht den Weg in die Freiheit finden.

So, nun wäre auch hier das große Geheimnis verraten: 100.000 Soldaten sind für Deutschland viel zu wenig; es muß bei seinen 60 Millionen Einwohnern sechs- bis achtmal mehr Soldaten haben, dann erst wird es den Weg in die Freiheit finden. Kurz und bündig: Mehr Soldaten — dann die Freiheit!

Man möchte die Volkspartei gerne glauben, stünde dem nicht eine eiserne Tafel entgegen, nämlich die, daß wir ja schon viel Soldaten, mehr Soldaten als irgendein anderer Staat hatten und dennoch — oder deswegen! — in das „Joch von Versailles“ gekommen sind. Doch bei dieser für jeden Patrioten peinlichen Beschichte wollen wir uns heute nicht aufhalten, sondern nachsehen, ob denn mit der Vermehrung der Soldaten auch unsere Freiheit wirklich sich mehrt.

Das mindeste, was unsere Patrioten für ihren „Weg in die Freiheit“ an Soldaten für nötig halten, wird wohl die französische Zahl, nämlich 600.000 Mann sein. Das hieße zur Reichswehr noch 500.000 Mann fügen. Diese halbe Million Menschen läme aber bestimmt nicht auf den Weg in die Freiheit, sondern in die Kaserne. In Hunderttausenden von Arbeiterläufen würde, wie einst, alljährlich ein Ritzern und Wehklagen anheben. Der Vater würde seinen Sohn oder des fürchterlichen Lohes beklagen, die Mutter ihren bitter beneiden. Tausende von jungen Menschen würden außer Landes flüchten oder sich die Finger abhacken und sonstwie verstümmeln, um ja nur der Kaserne zu entgehen. Den jungen Menschen wartete ein Schicksal, das schlimmer war als das des Sträflings. Sie wurden angehängt, getreten und geschunden viel ärger als ein Sträfling. Würde der Sträfling so tierisch behandelt, er könnte sich beschweren und beläme wohl auch Abhilfe. Der Soldat aber mußte von Glück sagen, wenn er wegen einer Beschwerde nicht ins Militär zog. Die Soldaten haben die Tage bis zu ihrer Entlassung peinlicher gezählt, als ein Zuchthäusler seine. Was Wunder, daß viele über die Grenze flüchteten — natürlich nur, um für den obersten Kriegsherrn Quartier zu machen.

Mit der Einkerbung von einer halben Million junger Menschen in die Kaserne wäre indessen die Voraussetzung für den Freiheitsweg unserer Patrioten noch nicht ganz erfüllt. Die Soldaten müssen auch genährt, gekleidet, beobachtet und bewaffnet werden. Die 100.000 Mann Reichswehr kosten uns jetzt die ungeheure Summe von 770 Millionen. Nach diesem Maßstab läme 600.000 auf rund 4,5 Milliarden zu stehen. Selbst wenn man meint, die Kosten könnten um fast die Hälfte verringert werden, so würde das — höchst fragwürdige — Mittel, von dem „Versailleser Joch“ loszutommen, immer noch so viel kosten als die höchste Jahressumme der Kriegsschädigung.

Sofort und bestimmt jahraus, jahrein Milliarden opfern, um später vielleicht einmal eine geringere Summe einzubringen, scheint uns ein sinnloses Geschäft. Und Hunderttausende von Menschen in einem fort einerkerten und schinden um eines nebelhaften Freiheitsweges willen, können nur Leute wollen, die von erblichem Schwachsinn geschlagen sind — oder abgefeimte Geschäftsmacher, die durch all das allerhand gewinnen wollen. Das Letztere scheint uns am zutreffendsten zu sein.

Zu den Kosten des Heeres tragen unsere großen Geschäftsmacher bekanntlich wenig oder nichts aus eigenem bei, sondern die wertvolle und verbrauchende Volksmasse hat nachher gerade alles zu zahlen. Und die Kasernen mit Menschen füllen und sie ja Kanonensfutter dresfieren, können die Patrioten jenseitig zu fordern, denn sie werden davon ja nicht betroffen. Sie spielen höchstens die Herren, die Schinder, und wenn es brenzlich zu werden beginnt, kaufen sie sich blaue Brillen oder erbetteln, wie einst zu Düsseldorf, von feindlichen Generalen Waffenhilfe gegen proletarische Landsleute.

Mit dem Gelde und der Freiheit der andern sind unsere Patrioten von jeher sehr freigebig gewesen, zumal wenn dabei noch ein goldiges Geschäft zu machen ist. Dies ist bei der Heeresvermehrung in riesigem Ausmaße der Fall. Ein Heer von sechs Hunderttausend mit Kleidung, Nahrung und Ausrüstung versehen, außerdem Kanonen, Tanks, Flinten, Flugzeuge, Kavallerie, Wagen usw. liefern, bringt fortlaufend gutbezahlte Aufträge in prächtiger Fülle. Da sind Millionen und aber Millionen zu verdienen, und von diesem Gewinn lassen sich die millionären Parteiführer und die Tausende von vielen nationalen Gardisten füllen, auch große Summen anhäufen, um die Arbeiterschaft zu bekämpfen.

Es ist indessen neben dem geldlichen Vorteil noch etwas anderes, viel wichtigeres, was die Patrioten nach Heeres-

vermehrung rufen läßt. Die Arbeiterschaft läßt seit der Revolution wachsendes Selbstbewußtsein sehen. Die Plebejer, die früher nur mit der Krücke in der Hand und mit zusammengeklagenen Händen vor einem Vorgesetzten und in einer Amtsstube zu sehen waren, gewöhnen sich zusehends eine stolze Haltung an. Der Glorienschein der alten Herrscherstippe ist bei der Arbeiterschaft in die Winsen gegangen. Daß dies die Junker und Schlotbarone giftet, kann man verstehen. Bei ihrer Suche nach Mitteln und Wegen, das alte Verhältnis zwischen Herren und Knechten wiederherzustellen, sind die Patrioten auf die Kaserne gekommen. Wenn Jahr für Jahr Hunderttausende von Arbeitern von Feldweibern gestraucht und gestreut werden, wenn diese ihnen Gehorsam, Strammstehen, Subordination beibringen, so ist in verhältnismäßig kurzer Zeit die ganze Arbeiterklasse mit „gedienten Leuten“ durchsetzt, die wissen, daß man sich vor hochstehenden Herren respektvoll zu verhalten hat. Was in der Kaserne den jungen Arbeitern in Hirn und Knochen eingeblutet wurde, wird, so erwarten die Patrioten, dem Gevode von Gleichberechtigung wohl standhalten und die frühere Achtung vor Spaulletten und Zuchtmästeln dürfte bei dem Plebs bald wieder vorhanden sein, so daß die großen Geschäftsmacher nicht ständig zu befürchten brauchen, daß ihre ach so herrlichen Zeiten vollends verschwinden. Die göttliche Zeit der Junkerkasernen soll wiederkehren, wo die eine Hälfte des Proletariats die andere bewachte und wo man von den Jungen, in der Kaserne tadavermäßig gedrückten Arbeitern straslos verlangen konnte, auf Vater und Mutter zu schießen, wenn sich diese erheben sollten, auch Menschen und Bürger zu sein.

Wie man sieht, ist der Plan mit dem „Weg in die Freiheit“ so übel nicht. Seine Befürworter mühten nur noch die dazu nötige Zahl von Dummen finden. Die Arbeiter werden bestimmt nicht dabei sein. Sie halten die ausgesprochensten Unterdrücker jeder Volksherrschaft für die Allerungeeignetsten, dem deutschen Volke den Weg in die Freiheit zu weisen. Wenn die Patrioten von Freiheit reden, dann meinen sie die Freiheit der Heutemacher und Unterdrücker, und wenn sie von Vaterland reden, dann meinen sie das Vaterland der Reichen. Die Freiheit jener zu fördern und das Vaterland dieser zu befreien, haben die Arbeiter nicht die geringste Lust. Wohl aber zum Gegenteil.

Barometer der Ausbeutung

Preissteigerung überall. Jetzt hat wieder die Eisenbahn eine Tarifierhöhung beantragt. Sie soll den Besigenden bis herab zu den kleinstbürgerlichen Kreisen, die sich nichts Besseres als dritte Klasse leisten können, schmachtig gemacht werden, indem man alle oberen Klassen, von der ersten bis zur dritten, verbilligt und nur allein die vierte, in der das Proletariat fährt, verteuert! Die ganze Last der Verteuerung soll also wieder mal auf die Ärmsten gewälzt werden! Man kann das riskieren, weil man aus dem Personenverkehr überhaupt nur 55 Millionen Mark mehr im Jahr herausziehen will, dagegen aus dem Güterverkehr 195 Millionen Mark. So denkt man wohl, die Einklasser und Maßgebenden durch eine immerhin beachtliche Verbilligung der ersten und zweiten Klasse um so leichter zu gewinnen.

Zudem, die Industriellen können auch rechnen. Sie wissen ganz gut, daß das Hauptgewicht in der Frachtwerteuerung liegt, und so wimmelt denn jetzt die bürgerliche Handelspresse von Artikeln, welche haarflein nachweisen, daß die Tarifierhöhung unnötig ist. Man muß in der Tat den Kopf schütteln, wenn man liest, was für merkwürdige Zahlen die Leitung der Eisenbahn ins Feld führt. Insgesamt erklärt sie eine Mehreinnahme von 250 Millionen Mark jährlich für notwendig. Nun hat aber schon das erste Vierteljahr 1928 — ohne Tarifierhöhung — 107 1/2 Millionen Mark mehr gebracht als das entsprechende Vierteljahr des Vorjahres. Es liegt also nicht der geringste Grund vor, zu zweifeln, daß die gewünschte Mehreinnahme im Laufe des ganzen Jahres allein durch den gesteigerten Verkehr, ohne Tarifierhöhung hereinkommen wird. Das ist nur eine der Selbstsicherheiten des Antrags. Eine andere liegt darin, daß die Eisenbahnbauten die Kosten der gegenwärtig im Ganzen befindlichen großen Bauten auf 1000 Millionen Mark veranschlagt, während sie der Eisenbahnkommission in seinem Bericht nur auf 800 Millionen schätzte. Und so gibt es noch mancherlei Wertwürdigkeiten in der Sache.

Bürgerliche Schriftsteller haben denn auch die Vermutung ausgesprochen, daß die wirklichen Gründe der Tarifierhöhung ganz andere sein mögen, als angegeben wird. Wie sollte die Leitung der Eisenbahn nicht ebenogut wie jeder andere wissen, was aus ihren eigenen Berichten hervorgeht, nämlich daß die Einnahmen fortgesetzt steigen und ein Fehlertrag 1928 durchaus nicht zu erwarten ist. Man vermutet deshalb, die Bahalleitung wolle einen Fonds ansammeln, um für Erneuerungs- und Neubauten keine Anleihen aufnehmen zu müssen.

Man braucht ihr — falls die Vermutung zutreffen sollte — daraus keinen Vorwurf zu machen. Denn Anleihen sind heutzutage sündhaft teuer. Die Kapitalisten, besonders die „vaterländischen“, lassen sich schwer dafür bezahlen, daß sie die Krücke auf sich genommen haben, aus anderer Leute Arbeit Mehrwert zu schöpfen. 7 1/2 bis 9 % Zinsen muß man zahlen, wenn man heute in Deutschland Geld borgt; nur das Ausland ruts etwas billiger, es begnügt sich mit 6 1/2 bis 7 1/2 %. Man wird eine gewissenhafte Verwaltung nur loben dürfen, wenn sie so unversehbare Ausbeutung durch kapitalistische Schmarotzer zu vermeiden sucht. Nur eben — wir sitzen gleich wieder im kapitalistischen Karussell fest: sie kann das nur, indem sie überzeits die

Masse der Verbraucher austraubt und ihnen höhere Preise abzwängt, ohne etwas dafür zu leisten.

Viel wichtiger ist es jedoch, von Zeit zu Zeit immer von neuem zu vergleichen, wie der Fortgang dieser Entwicklung auf die Lebenshaltung der Arbeiter einwirkt; gewissermaßen den Barometerstand der wachsenden Ausbeutung abzulesen.

Der Leser weiß, daß dazu nur die amtlich veröffentlichten Zahlen benutzt werden müssen, die die Dinge viel günstiger färben, als sie in Wirklichkeit sind. Aber was ergeben schon diese Zahlen!

Bis zum April 1928, also noch ohne die Eisenbahnverteuerung und ihre Folgen, ist der Reallohn des deutschen Arbeiters gestiegen. Wirklich und wahrhaftig gestiegen. Er stand (im Durchschnitt des Reichs, aller veröffentlichten Erwerbszweige sowie der Gelehrten und Ungelernten) im Dezember 1927 auf 28,57 M die Woche, im April 1928 auf 29,03 M. Welch erstaunliche Zunahme! Errechnet ist diese Zahl auf Grund der amtlich angegebenen Tariflöhne und des amtlichen Lebenshaltungskoeffizienten. Sie besagt also: mit dem Geld, das der deutsche Arbeiter im April 1928 bekam, konnte er so viel kaufen wie 1913 für 29,03 M. In Wahrheit sicher viel weniger, weil der amtliche Index viel zu klein ist. Und wenn die Unternehmer behaupten, daß die Tariflöhne häufig überzahlt werden, so wird das sicherlich aufgewogen, weil die Arbeiter mindestens ebenso oft mit weniger als dem tarifmäßigen Lohn zufrieden sein müssen.

Jeder ältere Genosse wird noch eine Erinnerung daran haben, wie lässlich vor dem Kriege ein Wochenlohn von 29 M war. Den Jüngeren aber wird ein anderer Vergleich ein deutlicheres Bild geben. Wie wiederholt ausgerechnet wurde, kostet der Lebensunterhalt einer kleinen Proletarierfamilie heutzutage — wiederum auf Grund der amtlichen Berechnung — ungefähr 63 M die Woche. Die Löhne aber erreichten im April für Gelehrte knapp 50 M, für Ungelernte nicht ganz 38 M. Der Durchschnitt der beiden Gruppen liegt unter 44 M. Das deutsche Kapital ist also jetzt so weit, daß es den Arbeitern von dem (viel zu niedrig berechneten) Lebensbedarf nur zwei Drittel zahlt.

Dies ist der Durchschnitt aller veröffentlichten Erwerbszweige. Für die Metallarbeiter im besonderen liegen die Dinge folgendermaßen: Geldlohn (im April 1928) der Gelehrten 49,91 M wöchentlich, der Ungelernten 35,06 M gegenüber einem Bedarf von 63 M. Die Reallohnberechnung ergibt rund 33 und 23 M. Im Mai 1924 stand der Reallohn der deutschen Metallarbeiter auf 27,60 und 20,45 M. Man sieht, wie winzig er in den vier langen Jahren geworden ist.

Noch eine Tatsache, die die „Freigebigkeit“ des deutschen Kapitals veranschaulicht. Im Jahresdurchschnitt belief sich der Reallohn der deutschen Arbeiter auf: 1924 23,77 M, 1925 26,70 M, 1926 28,43 M und 1927 28,65 M.

Man weiß, daß das Jahr 1927 einen brillanten Geschäftsgang hatte und hohe Profite und Dividenden abwarf. Ganze 22 1/2 % wirklichen Wert in der Woche hat das Kapital darum den Arbeitern zugelegt.

Verknötung der westdeutschen Industrie

Die westdeutsche Industrie bildet ein Musterbeispiel organisatorischer Zusammenhänge. Es gibt keinen Fleck der Erde, wo die Weisen der Organisation so meisterhaft zur Anwendung gelangen, wie im Westen Deutschlands. Die Konzerne und die übrigen Gebilde, die der Ballungsprozess der letzten Jahre herbeigeführt hat, sollen hier außer acht bleiben. Wir wollen auch nicht auf die so zahlreich vorhandenen Kartelle und Syndikate eingehen. Den Anlaß zu diesem Aufsatz gibt der vor einigen Tagen erfolgte Zusammenkunft des Verbandes Rheinischer Industrieller mit dem Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen (Langnamverein).

Der Langnamverein wurde im Jahre 1871 nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges errichtet. Er befahte sich in der Hauptsache mit betriebswirtschaftlichen Fragen, so mit dem Frachtwesen, den Wasserstraßen, Kanälen, Bahn- und Straßenausbau, Schulangelegenheiten usw., daneben wurden noch sozialpolitische Angelegenheiten erörtert. Also eine Vereinigung wirtschaftspolitischer Art für einen bestimmten Landesteil, dessen große Bedeutung allerdings durch den Kohlenbergbau und die Schwermetallindustrie gekennzeichnet war. Doch immer mehr und mehr entwickelte er sich zu einer ausgesprochenen Vertretung der schweren Industrie. Namengebend war es der langjährige Geschäftsführer Dr. Baumert, der den Langnamverein in einseitige Bahnen drängte. Man beachte, daß er die Belange der gesamten privaten Wirtschaft zu vertreten vorgab. Nach dem Kriege ist das Arbeitsgebiet des Langnamvereins noch weiter ausgedehnt worden und seit 1919 ist er die Bezirksorganisation des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Im Langnamverein sind die gesamten Vereinigungen der Unternehmer vom Ruhrgebiet bis zur Fertigindustrie zusammengeschlossen. Außerdem gehören ihm die Verbände des Handels, des Verkehrs und des Postens an, ferner sind ihm die Industrie- und Handelskammern von Aachen, Altona, Barmen-Eberfeld, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, München-Gladbach, Pagen, Köln, Krefeld, Minden, Münster, Neuß, Remscheid, Solingen, Stolberg und Weßlar als korporative Mitglieder beigetreten. Sodann haben zahlreiche Einzelwerke, namentlich die Großbetriebe des Westens die Mitgliedschaft im Langnamverein erworben. Diese eigenartige Organisation steht in engen Verbindungen mit den übrigen Großorganisationen des Westens. Eine Personalvereinigung besteht mit der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (Nordwestgruppe). Dr. Paul Reusch, als ein Mann der schärfsten Tonart bekannt, ist bei beiden Vorsitzender. Mit dem Bergbauverein, der Nordwestgruppe und anderen Verbänden wurde ein gemeinamer Eisen- und Stahlverband errichtet, der die Steuerfragen des Bezirks behandelt. Diejenige Sicherungsgesellschaft, die auch die Handelskammern des inneren Ruhrbezirks an. Ferner besteht ein gemeinamer gebildeter Verkehrsverband für das Industriegebiet, ein gemeinamer Güterverkehrs- und Tarifauschuß, die niederrheinisch-westfälische Verkehrs- und Tarifkonferenz und die sogenannte Wirtschaftsstelle des Langnamvereins, die die Geschäftsführer der Fach- und Bezirksverbände und der angeschlossenen

Schlechte Zeiten bei Dürkopp?

Sandelskammern zu gemeinsamem Tun vereinigt. Ferner besteht ein Zweigverband nordwestdeutscher Wirtschaftsvereinigungen, der 1919 von den Ruhrkammern gemeinsam mit dem Langnamverein der Nordwestgruppe, dem Bergbauverein und den größeren Werken des Ruhrgebietes zur Erörterung der Fragen der Bezirkswirtschaftsbräute mit dem Sitz in Essen errichtet wurde.

Eine solche innige Verknüpfung von Wirtschaftsmächten gibt es in keiner anderen Gegend Deutschlands. Obwohl der Langnamverein die gesamte private und halböffentliche Wirtschaft umfaßt, ist er der Wandhütern, hinter dem die Schwerindustrie ihre Belange rücksichtslos wahrzunehmen in der Lage ist. Ihre Beauftragten spielen dort überall die erste Geige.

Es war notwendig, den Aufbau des Langnamvereins aufzugeben, denn nur so ist der Zusammenhalt mit dem Verband Rheinischer Industrieller in vollem Umfange zu bestehen. Dieser wurde 1922 in Köln errichtet. Er trat an die Stelle des seit 44 Jahren bestehenden Vereins der rheinischen Industriellen und umfaßt die Gebiete des Regierungsbezirks Köln und namentlich die linksrheinischen Werke. Der Verband besteht in der Hauptsache aus Unternehmungen der Fertigungsindustrie. Er galt seit Jahren als der Gegenpol des Langnamvereins und der übrigen von der Schwerindustrie beherrschten Vereinigungen. Der Verein mit dem langen Namen verfuhr seit Jahren der Verband Rheinischer Industrieller zu sich herüberzuziehen. Es wurden alle möglichen Künste angewandt. Schließlich gelang es, in die maßgebendsten Stellen des Verbandes Vorposten hineinzuschleusen. Dr. Paul Silberberg, ein leitender Kopf des Verbandes und ionangebende Person der rheinischen Braun- und Kohlenindustrie, fand Anschluss an den Ruhrbergbau über die Harpenauer Bergbau-AG. Trotz der Bemühungen des Langnamvereins blieb der Verband selbständig. Noch auf seiner vorjährigen Tagung äußerte Geheimrat Dr. Duisberg, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, daß die Vermählung der „holden Rheinischen“ mit dem „schweren Jüngling“ auf der rechten Seite des Rheines wahrscheinlich sobald nicht gelingen werde. Deswegen geachtet tritt der Verband dem Langnamverein als förderlichste Mitglied bei. Er bleibt formell selbständig, jedoch liegt der Schwerpunkt hinfort bei den schwerindustriellen Verbänden. Somit ist eine Vereinigung erfolgt, die namentlich für die sozialpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit von außerordentlicher Bedeutung ist.

Die große Auseinandersetzung zwischen der Schwerindustrie und der Arbeiterfrage Ende des vorigen Jahres ist noch in aller Erinnerung. Es drehte sich bekanntlich um die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Industrie sah diese Auseinandersetzung mit langem Entsetzen und sie hatte sich neben den übrigen Verbänden in sogenannten „Gesamtschlichtungsausschüssen“ zusammengeschlossen. Diese sollten die gesamte Industrie vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat umfassen, eigene Mittel zusammenbringen (bestimmlich je Arbeiter und Monat 5 M.) und den Kampf gegen die Verkürzung der Arbeitszeit mit aller Schärfe führen. Der so formierte Ausschuss der Unternehmer stand unter dem Befehl der schwerindustriellen Gruppen. Die Nordwestgruppe bildete dabei den Mittelpunkt. Bei diesen Bestrebungen war es ein großes Hindernis, den Verband Rheinischer Industrieller als selbständige Organisation neben sich zu haben. Die nunmehr zustandgekommene Vereinigung macht die Bahn frei für einen länderlosen Zusammenschluß des Unternehmertums in sozialpolitischer Beziehung. Ein geschlossener Block des gesamten Unternehmertums Deutschlands steht bei den zukünftigen Auseinandersetzungen den Gewerkschaften gegenüber. Wir sehen somit eine fortschreitende Verbesserung der industriellen Kräfte. Auch der Arbeiterfrage läßt es sich nicht vermeiden, im eigenen Hause einmal umzusehen, was an der Verwirklichung der Schlagfertigkeit noch fehlt. Für die Rührigkeit der anderen Seite auf diesem Gebiete sollte dieser Aufsatz ein neues Beispiel erbringen. Paul Ufermann.

Der englische Anschlag abgewehrt

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beschloß am Montag mit dem Antrag der englischen Regierung, das Washingtoner Abkommen zu ändern (und zwar im Sinne der Verjährung). Der englische Regierungsvertreter erklärte zu Beginn der Beratung, daß seine Regierung nicht die Absicht habe, an den grundlegenden Bestimmungen des Abkommens etwas zu ändern, aber sie halte es für geboten, daß das Arbeitsamt entsprechende Änderungen vornehme, die notwendig seien, um das Abkommen in der neuen Welt zu verankern. Der französische Unternehmerrvertreter brachte seinerseits einen Antrag ein, der noch deutlicher als der englische eine Änderung des Abkommens verlangte.

Bei beiden Anträgen trat der belgische Regierungsvertreter sehr scharf entgegen. Er machte darauf aufmerksam, daß die angelegten Schwierigkeiten der Durchführung des Abkommens nicht durch eine Änderung beseitigt werden, sondern daß vielmehr für Belgien wie für die anderen Länder, welche das Washingtoner Abkommen schon angenommen haben, die Schwierigkeiten erst anfangen würden, wenn mit einem Male ein ganz anderes Abkommen vorläge. Der italienische Regierungsvertreter sprach sich in gleichem Sinne aus und betonte scharf, daß sich die italienische Regierung völlig freie Hand vorbehalten, falls das Washingtoner Abkommen eine neue Form erhalte. Im Zusammenhang mit dem französischen Gewerkschaftsbund wies darauf hin, daß der französische Senat ausdrücklich die bedingte Annahme ausgesprochen habe in der Hoffnung, daß das Abkommen im jetzigen Wortlaut in Kraft treten würde.

Der deutsche Regierungsvertreter lehnte es ab, zu der Änderung im jetzigen Angelegenheit Stellung zu nehmen. Deutschland stehe vor einem Regierungswechsel, aber wie immer die kommende Regierung aussehen werde, so viel sei sicher, daß sie dem Abkommensabkommen durchaus geneigt sein wird. Auf der anderen Seite gebiete es die Lage, die durch das englische Verlangen hervorgerufen wurde, daß man so schnell als möglich die Frage entscheiden, ob eine Änderung nötig sei oder nicht. Er schlägt deshalb vor, den im Washingtoner Abkommen vorgesehenen Bericht über die Wirkung des Abkommens möglichst bis zur Verwaltungsstatistik im Oktober zu erstatten. Diese Ansicht wird von einem Teil der Gruppen der Arbeiter geteilt, jedoch bezweifelt der Direktor des Arbeitsamtes, daß er den Bericht rechtzeitig bis zur Oktobertagung fertigstellen kann.

Nach Ablehnung des englischen Vorschlags, der den Bericht des Direktors ein Grund der Aufhebung verlangte, und des noch stärkeren Vorschlags der Unterzeichner wurde ein Vorschlag des Präsidenten des Verwaltungsrates mit neun Stimmen der Arbeitsgruppen jenseit der Regierungsdirektoren von Frankreich, Belgien und Deutschland bei einstimmiger aller übrigen angenommen. Der Vorschlag besagt, daß der Direktor den im Washingtoner Abkommen vorgesehenen Bericht über die Wirkung des Abkommens schon jetzt vorbereiten solle, jedoch aber keine bestimmte Frist zu seiner Abfertigung setze.

Die Frau Wählerin der Reichstagen

Es läßt sich heute in Kreisen der Arbeiterbewegung nur eine Meinung darüber hegen, daß das politische Wahlrecht der Frauen in erster Linie denjenigen Parteien zugunsten kommt, die die Gleichberechtigung der Frau bekämpfen haben. Die Sozialdemokratie als einzige Partei, die die politische Gleichberechtigung der Frauen von jeher gepredigt hat und der die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland zu danken ist, geht durch aus diesem Hinweis ein politisches Paradoxon hervor. In einer Reihe von Staaten sind bei der letzten Wahl gewisse Parteien zur Anwendung gekommen, die eine Vertiefung der Antisemitismus des Wahlrechts der Frau und Frauen zu vertreten. Es hat sich dabei ergeben, daß die Frau fast konstante Wählerin ist. Er tritt nicht nur allen Sozialisten und Kommunisten, sondern auch den Christlichen Sozialisten entgegen. Das ist zu sehen, wo die katholische Kirche vorübergeht. Das Frauenwahlrecht erweitert auch sehr große Teil seiner Anhänger auf die der weiblichen Wählerin zu geben. Das nachfolgende angeführte Beispiel von Heidelberg dürfte für die katholischen Bundes-

Aktionär: (am Telephon): Warum gibts bei Ihnen wieder keine Dividende?

Direktor: Ich verstehe nichts.

Aktionär: Warum Sie wieder keine Dividende zahlen?

Direktor: Ich verstehe nichts. Es muß an der Leitung liegen.

Aktionär: Ja, das glaube ich auch!

Seit sechs Jahren zahlt die Dürkoppwerke AG. in Bielefeld keine Dividende. Vor dem Kriege dagegen wurden Jahresdividenden bis zu 28 % gezahlt. Der jetzt erscheinende Jahresbericht für 1927 verdient deswegen unsere besondere Beachtung, weil gleichzeitig mit der Fertigstellung und Veröffentlichung des wieder dividendenlosen Abschusses rund 600 Arbeiter der Betriebsabteilung Fahrradfabrik wegen Auftragsmangel entlassen worden sind. Von der Verwaltung wurden bei Bekanntgabe dieser Maßnahme die Aussichten in der Fahrradfabrikation als sehr schlecht bezeichnet. Dabei wird jedoch bekannt, daß die den freien Gewerkschaften nahestehende Lindcar-Fahrradwerke AG. nicht nur für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 10 % verteilen konnte, sondern sogar in den fünf Monaten des laufenden Jahres bereits 20 000 Fahrräder abgesetzt hat gegenüber 26 000 Stück im ganzen vergangenen Jahre.

Am dem Gesamtabschluß der Dürkoppwerke AG. für das Jahr 1927 aber merkt man nichts von schlechten Aussichten. Dieser Abschluß zeigt vielmehr eine steigende Ausnutzung der Betriebsanlagen, die seit Einführung der Goldmarkrechnung Jahr für Jahr durch Neuananschaffung von Maschinen usw. ausgebaut und erneuert wurden. Die Umstellung auf Fleißarbeit ist nach dem neuesten Geschäftsbericht im wesentlichen beendet und der Umsatz hat sich „nicht unbedeutend“ erhöht. Wesentlich und unabweisbar, das sind beliebte Begriffe in den Jahresberichten deutscher Industrieunternehmen, Begriffe, mit denen man sich um die Angabe genauer Zahlen herumdrückt. Für die im Jahre 1927 gemachten Anschaffungen sind Abschreibungen in Höhe von 363 000 M. vorgenommen worden, im Vorjahre dagegen nur 151 000 M. Die Verwaltung begründet diese erhöhten Abschreibungen mit der heutigen schnellen technischen Entwicklung. Die gesamten Anlagekosten (Grundstücke, Gebäude, Siedlungsanlagen, Wohngebäude und Maschinen) stehen mit 6 075 000 M. gegenüber 5 805 000 M. im Vorjahre zu Buch. Die Außenstände haben sich von 2,9 Millionen Mark im Jahre 1926 auf 5,04 Millionen Mark erhöht. Die Vorräte werden, ohne daß eine Unterteilung in fertige und halbfertige Waren vorgenommen ist, was für die Beurteilung der Abfalllage wichtig wäre, mit 7,02 Millionen Mark ausgewiesen, was gegenüber 1926 eine Steigerung um 1,1 Millionen Mark bedeutet. Diese Zahlen zeigen deutlich, daß der Umsatz gegen das Vorjahr erheblich gestiegen ist.

Der Nettogewinn ist von 1,99 auf 2,23 Millionen Mark gestiegen. Außerdem gelang es, die allgemeinen Verwaltungskosten, die mit den Zinsausgaben zusammen ausgewiesen werden, um rund 15 % gegenüber dem Vorjahre zu senken, trotzdem die Bankschulden von 2,08 auf 2,84 Millionen Mark gestiegen sind. Ebenso sind die Wechselverbindlichkeiten um rund 1 Million Mark gestiegen, wodurch eine erhöhte Ertragspflicht gegenüber den beteiligten Banken, erhöhte Zinsverbindlichkeiten bedingt sind. Wir können daher sagen, daß die eigentlichen Verwaltungskosten gut und gern um 30 % gegenüber dem Vorjahre gesenkt worden sind. Auf wessen Kosten das geschieht, liegt auf der Hand, denn die Verwaltung ist nicht etwa bescheidener geworden, die Direktorengehälter, die natürlich nicht besonders ausgewiesen werden, sondern unter den allgemeinen Verwaltungskosten enthalten sind, hat man nicht herabgesetzt. Wenigstens ist das nicht anzunehmen. Die Aufsichtsratsstimmanteile hat man nämlich gegenüber dem Vorjahre verdoppelt.

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern, darunter Direktoren der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, der Darmstädter und Nationalbank und des Bankhauses Schlegel, Trier & Co. Diese wohlbestallten Herren haben sich die Vergütung für ein paar Sitzungen von 10 000 auf 20 000 M. aufheben lassen. Das macht auf den Kopf noch nicht einmal so sehr viel, es gibt Gesellschaften, wo die Aufsichtsräte das 20- und 25fache bekommen. Meist aber findet sich in den Geschäftsberichten eine Bestimmung, daß die Aufsichtsräte alle besonderen Aufwendungen, Reisekosten u. dgl. besonders vergütet bekommen, so daß für den einzelnen eine hübsche Nebenverdienst herauskommt. Wir stellen an dieser Stelle nur fest, daß mit den 10 000 M., die man den Herren Aufsichtsräten glauben zu müssen, die Hälfte der entlassenen 600 Arbeiter noch eine Woche hätte weiter beschäftigt werden können. Die Steuern sind nach Angabe der Gewinn- und Verlustrechnung von 312 000 M. auf 390 000 M. gestiegen, was bei der Steigerung des Umsatzes eher eine Minderleistung an Steuern bedeutet.

Der ganze Jahresbericht umfaßt einige 30 Zeilen, ist überhaupt ein Musterbeispiel, wie ein Geschäftsbericht nicht sein soll, umfaßt aber immer noch 15 Zeilen mehr als im Vorjahre. Was aber bringen diese 15 Zeilen? Die Verwaltung hält es für nötig, in diesem kurzen, inhaltlosen Bericht allein dreimal auf die hohen Löhne hinzuweisen. Nach der Mitteilung, daß unter dem steigenden Druck des ausländischen Wettbewerbs

der Personentragnenbau aufgegeben und die Tätigkeit der Automobilwerkstätten auf die Herstellung der schweren Lastwagen beschränkt worden ist, folgt die bei gleichzeitiger Entlassung von 600 Arbeitern und bei gleichzeitiger Vorlegung eines zu sechsten Male dividendenlosen Abschusses recht seltsame Feststellung:

„Andererseits gestattet uns die gute Entwicklung, die sich für unser Unternehmen auf seinen anderen Gebieten feststellt, läßt mit Vertrauen in die Zukunft zu blicken. Ein grundlegende Voraussetzung ist es aber, daß zukünftig die deutsche Arbeits- und Wirtschaftspolitik endlich auch den Lebensnotwendigkeiten der Industrie und Landwirtschaft die notwendige verständnisvolle Beachtung entgegenbringt.“

Wenige Zeilen weiter heißt es, daß „die gesteigerte Ausnutzung der Anlagen im Berichtsjahre natürlich nicht ohne Einfluß auf die Ertragsfähigkeit des Unternehmens war, jedoch nicht dem Aufwand an Arbeit und Mitteln entspricht, da — wiederholte Lohnsteigerungen — aus demselben Grunde hervorgerufene Materialpreissteigerungen und die fortlaufende Erhöhung der steuerlichen und sozialen Lasten einen wesentlichen Teil der gestiegenen Ertragsfähigkeit wieder wegnahm“. Man vergleiche damit das oben über die Senkung der Verwaltungskosten Gesagte. Drei Zeilen weiter heißt es dann zum dritten Male:

„Bei der fortschreitenden Steigerung der Löhne, Materialpreise, Steuern und sozialen Lasten waren wir gezwungen, eine aus volkswirtschaftlichen Überlegungen heraus solange wie irgend möglich zurückgehende Preissteigerung unserer Fabrikate in beabsichtigtem Ausmaß vorzunehmen.“

Den ganzen Geschäftsbericht kann man nur als eine Verhöhnung der Aktionäre bezeichnen. Wie kommt es aber, daß die Aktienbesitzer sich mit einem solchen nichtsagenden Bericht abfinden, der nichts über die Leistungsfähigkeit des Unternehmens, nichts über die Umsatzhöhe, nichts über den Auftragsbestand, nichts über die Beteiligungen, nichts über die Zahl der Beschäftigten aussagt? Das ist einfach dadurch zu erklären, daß die Verwaltung bei 40 000 Stammaktien mit einem Kapital von 6 Millionen Mark allein über 27 500 Vorzugsaktien verfügt, von denen 5000 sogar nur auf einen Nennbetrag von je 100 Mark lauten, die zusammen das restliche Kapital von 1 055 000 M. darstellen, kurz, daß die Verwaltung durch diese Vorzugsaktie und durch große Posten von Stammaktien, die ebenfalls in ihrem Besitz sind, die Gesellschaft beherrscht. Erwähnt muß werden, daß diese Vorzugsaktie in selbstverständlicher Weise für Jahr ihre ihnen fahungsmäßig verbürgten 6 % Dividende einheimen, wofür in diesem Jahre mehr als der vierfache Teil des mit rund 245 000 M. ausgewiesenen Reingewinns verausgabt wird.

Die jetzt vorgelegte Bilanz ist gewissermaßen eine Jubiläumsbilanz, besteht doch die Firma jetzt 60 Jahre, aus welchem Anlaß im vorigen Jahre eine Denkschrift herausgebracht wurde. Als Aktiengesellschaft bestehen die Dürkoppwerke jedoch erst seit 1889. Das Unternehmen ist aus ganz kleinen Anfängen entstanden, baut heute Nähmaschinen, Fahrräder, Milchzentrifugen, Strahlpumpen und besitzt eigene Gießerei, Hammerwerk usw. Der verstorbene Gründer, ein einfacher Schlosser, hat es verstanden, besonders auf dem Gebiet der Fahrradherstellung bahnbrechend zu wirken. Die als Erben in den Besitz hineingeborenen Nachkommen des Gründers und ihr Anhang werden auch nicht auf einen Pfennig der Anteile verzichtet, die ihnen nach ihrer Meinung ihr Erbe abwerfen muß. Das Unternehmen arbeitet heute mit einem Gesamtkapital von 7 055 000 M., gehört also nicht gerade zu den Großunternehmen, hat aber für Stadt und Land Bielefeld eine weit größere Bedeutung, als sich in diesem Kapitalbetrag ausdrückt. Der Grundbesitz der Gesellschaft umfaßt in Bielefeld 120 000 Quadratmeter, davon sind 92 000 Quadratmeter bebaut. Außerdem bestehen Zweigniederlassungen in Berlin-Neiniederdorf, wo die Gesellschaft einen Grundbesitz von 12 000 Quadratmeter mit 6300 Quadratmeter bebauten Fläche ihr eigen nennt. In Chemnitz und Dortmund bestehen weitere Zweigniederlassungen. Die Firma war schon vor dem Kriege an der bekannten Gummireifenfabrik Dunlop Co. in Harau beteiligt, ebenso an den Schriamwerken in Graz. Ob und in welchem Umfang diese oder andere Beteiligungen noch bestehen, darüber sagen die Geschäftsberichte seit Jahren kein Wort. Heute stehen die Beteiligungen zusammen mit dem Besitz an Wertpapieren mit insgesamt — 1 385 M. zu Buch.

Über die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres sagen die Schlusssätze des Berichts nach jattam bekanntem Schema: „Durch die politischen Verhältnisse bedingte Unklarheit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung läßt es naturgemäß ratsam erscheinen, für die Zukunft keinerlei Voraussagen zu machen.“ Auf der am 4. Mai stattgefundenen Generalversammlung aber wurde ausgesprochen, daß die Umstellung auf Fleißarbeit sich bereits in einer erhöhten Leistungsfähigkeit der einzelnen Werke zeige und mit Sicherheit anzunehmen sei, daß die Steigerung der Ertragsfähigkeit nicht ausbleiben werde, zumal in Zukunft für die fortschreitende technische Entwicklung Aufwendungen nur noch in normalem Ausmaß notwendig werden.

Julius Frieß

Zusammenfassung der Bahnwagenfabriken

Im Waggonbau gehen bemerkenswerte Umwälzungen vor. Eine Neuordnung war in dieser Industrie deshalb notwendig, weil eine unerschöpfliche Überzeugung aufweist, die naturgemäß eine Regelung verlangt. Den veränderten Abgabemöglichkeiten stehen seit der Vorkriegszeit stark erweiterte Betriebe und viele Erzeugnisse gegenüber. Die Rationalisierung ist ein übriges, die Erzeugnisse sind mächtig anzuwenden zu lassen. Vor einiger Zeit hat bereits ein Zusammenschluß in der Form zustande, daß drei maßgebende Waggonfabriken Deutschlands sich zusammenschließen. Unter den wichtigsten Waggonfabriken sind die gleichen Bestrebungen bemerkbar. Lang andauernde Verhandlungen zwischen den Unternehmen in Breslau, der Waggon- und Maschinenfabrik vorm. Bueß in Posen und der Säch. Waggonfabrik Werder haben zu einem Übereinkommen geführt, daß die drei Werke zu einem Verbundwerk werden sollen. Man hofft, auch noch andere Werke, wie Beispiel die Görlitzer Waggonfabrik und die Christoph & Unold AG. in Riesa, zum Anschluß zu bewegen. Somit ständen den freien Fabriken zwei geschlossene Trusts gegenüber, die über die untereinander verbunden sind.

Ausgaben der Arbeitslosen

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ging in der ersten Hälfte des Mai von 729 300 am 30. April auf 642 200 am 15. Mai, also um rund 87 100 oder um 11,9 % zurück. Dieser Rückgang entspricht wiederum nur 84 700 fast ausschließlich auf die Reserve, während sich die Zahl der unterstützten Personen auf diesmal nur wenig (um 2400 oder 1,6 %) verringert hat. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat in der ersten Hälfte des Mai fast in dem gleichen Maße abgenommen

wie in der vorhergehenden Berichtszeit. Sie sank von 162 400 auf 142 900 oder um 1,2 %. Die Zahl der Poststandsarbeiter ist in der Berichtszeit wiederum gestiegen, und zwar um 1,7 %. Sie betrug am 15. Mai 91 000. Davon waren vorher in der Arbeitslosenversicherung 70 400 unterstützt worden. Strikerunterstützung hatten 21 600 erhalten. Auf 100 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung entfielen somit 11, auf 100 Hauptunterstützungsempfänger in der Strikerunterstützung 15,1 Poststandsarbeiter.



Technik und Werkstatt



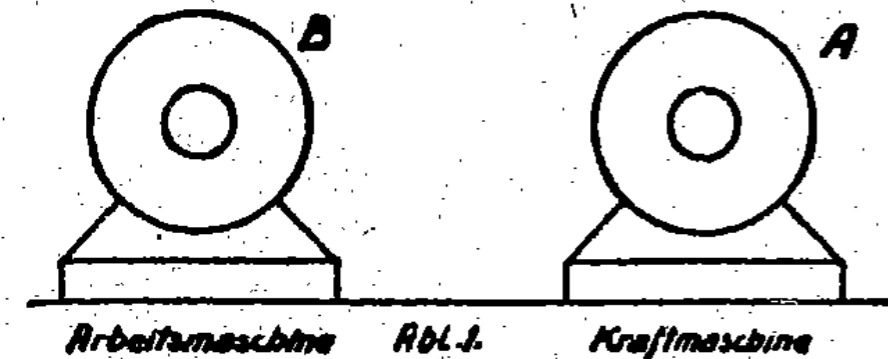
Der Drehstrom

Was er ist und wie er entsteht

Nehmen wir einmal an, wir hätten an einer Stelle A eine Kraftmaschine, die durch Dampf oder Wasserkraft in Bewegung gesetzt wird (vergl. Abb. 1). Die Arbeit, die diese Maschine leistet, soll aber nicht in A, sondern an einem andern Orte, etwa in B, zum Antrieb einer dort aufgestellten Arbeitsmaschine ausgenutzt werden. Wie können wir die Leistung von der Kraftmaschine auf die Arbeitsmaschine übertragen? Eine Möglichkeit besteht darin, nach Abb. 2 die Kraftmaschine mit einer Zentrifugalpumpe und die Arbeitsmaschine mit einer Wasserturbine, die sich im allgemeinen Aufbau gleichen, zu koppeln und beide Maschinen miteinander durch zwei Rohrleitungen zu verbinden. Die mit der Kraft-

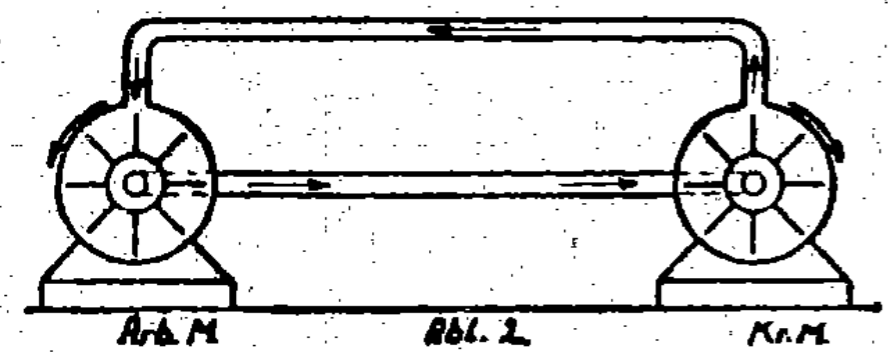
maschine verbundenen Zentrifugalpumpe treibt das Wasser durch das obere Rohr der Turbine zu. Die sich drehende Turbine verlegt die Arbeitsmaschine in Drehung und das Abwasser fließt durch das untere Rohr zur Kraftmaschine zurück. Die Kraftübertragung wird also durch einen überall gleichmäßigen Wasserstrom vermittelt. Wir haben damit einen Vorgang erdacht, der der elektrischen Kraftübertragung durch Gleichstrom völlig entspricht. Nur müssen wir auch statt der Rohre Leitungsbahnen denken und statt des Wassers Elektrizität. Die Kraftmaschine ist dann die Dynamomaschine (der Generator), die Arbeitsmaschine der Elektromotor. Der von der Dynamo geleistete Strom treibt den Elektromotor und geht wieder zur Dynamomaschine zurück.

Die Kraftübertragung durch einen Wasserstrom läßt sich aber auch noch anders bewerkstelligen, so nämlich, wie Abb. 3 es veranschaulicht. Hier haben wir statt der Zentrifugalpumpe und der Turbine Kolbenmaschinen, deren Zylinder durch zwei Wasserleitungsrohre verbunden sind. Bewegt der Kolben der Kraftmaschine sich abwärts, so drückt er das Wasser in der unteren Leitung nach links, so daß es den Kolben der Arbeitsmaschine aufwärts treibt, der das Wasser in der oberen Leitung rechts hinüber drückt. Geht der Kolben



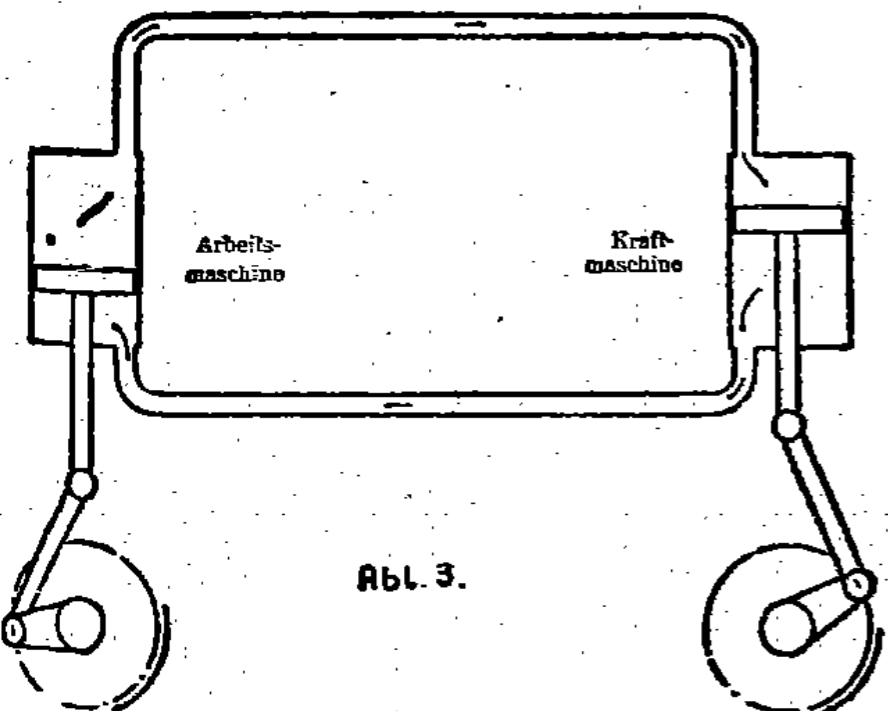
maschines verbundenen Zentrifugalpumpe treibt das Wasser durch das obere Rohr der Turbine zu. Die sich drehende Turbine verlegt die Arbeitsmaschine in Drehung und das Abwasser fließt durch das untere Rohr zur Kraftmaschine zurück. Die Kraftübertragung wird also durch einen überall gleichmäßigen Wasserstrom vermittelt. Wir haben damit einen Vorgang erdacht, der der elektrischen Kraftübertragung durch Gleichstrom völlig entspricht. Nur müssen wir auch statt der Rohre Leitungsbahnen denken und statt des Wassers Elektrizität. Die Kraftmaschine ist dann die Dynamomaschine (der Generator), die Arbeitsmaschine der Elektromotor. Der von der Dynamo geleistete Strom treibt den Elektromotor und geht wieder zur Dynamomaschine zurück.

Die Kraftübertragung durch einen Wasserstrom läßt sich aber auch noch anders bewerkstelligen, so nämlich, wie Abb. 3 es veranschaulicht. Hier haben wir statt der Zentrifugalpumpe und der Turbine Kolbenmaschinen, deren Zylinder durch zwei Wasserleitungsrohre verbunden sind. Bewegt der Kolben der Kraftmaschine sich abwärts, so drückt er das Wasser in der unteren Leitung nach links, so daß es den Kolben der Arbeitsmaschine aufwärts treibt, der das Wasser in der oberen Leitung rechts hinüber drückt. Geht der Kolben



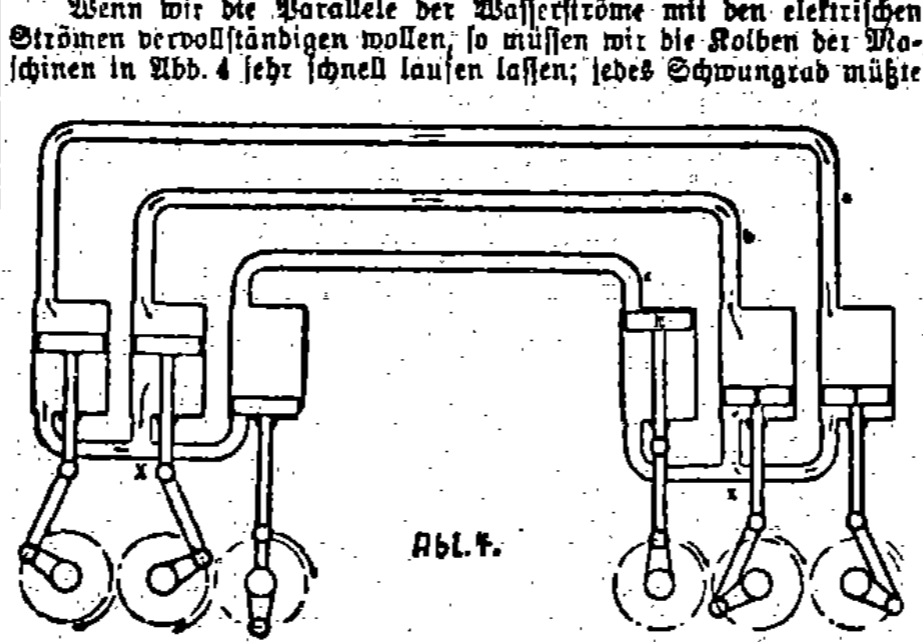
der Kraftmaschine aufwärts, so drückt das Wasser in der oberen Leitung nach links und das in der unteren Leitung nach rechts, wodurch der Kolben der Arbeitsmaschine abwärts geht. Wir haben jetzt also keine gleichmäßige Strömung wie in Abb. 2, sondern ein dauerndes Hin- und Herbewegen des Wassers in der Rohrleitung. Genau so pendelt der Wechselstrom in der elektrischen Leitung hin und her.

Drehstrom ist nun nichts anderes als eine Sonderart des Wechselstromes; er setzt sich aus drei einfachen Wechselströmen zusammen. Wie das geschieht, können wir uns ebenfalls am Beispiel der Kraftübertragung mit Wasser sehr leicht klar machen. Wir brauchen dazu eine Kraftmaschine, die nach Abb. 4 drei Zylinder mit hin- und hergehenden Kolben besitzt, wobei wir uns denken, daß die drei Kolben an der Kurbelwelle einer einzigen Maschine hängen. Von den Zylindern gehen drei Rohrleitungen a, b und c aus, die



die Kraftmaschine mit der ganz gleich gebauten Arbeitsmaschine verbinden. Wir brauchen hier also drei Leitungen zur Kraftübertragung, genau wie wir beim Drehstrom drei Leitungsbahnen brauchen. Damit die Kolben der beiden Maschinen nach beiden Seiten Arbeit verrichten können, müssen wir die Hinterleitern der drei Zylinder jeder Maschine ebenfalls durch Rohre miteinander verbinden. Der Kolben I, der in Abb. 4 gerade abwärts geht, hilft dann dem anwärtsgehenden Kolben II. Kolben III ist im Begriff, seine Bewegung umzukehren, hilft also kein Wasser in das Verbindungsrohr, entspringt aber auch keines.

Abb. 4 zeigt uns auch, welche Richtung die Wasserströmung in den Rohren bei der angegebenen Kolbenstellung gerade hat. In der gleichen Richtung bewegen sich natürlich die Kolben der Arbeitsmaschine. Achtet sich die Kolbenbewegung der Arbeitsmaschine um, so wechselt auch die Strömungsrichtung des Wassers in den Rohren und entsprechend die Kolbenbewegung der Kraftmaschine. Mit anderen Worten: Wir haben einen dreifachen Wasserwechselstrom vor uns, und zwar in jedem Rohre einen gegen die Nachbarröhre etwas verschobenen Strom, weil die drei Kolben der Kraftmaschine stets verschiedene Lagen oder Bewegungsrichtungen haben. Aus Abb. 4 geht hervor, daß die die Kolben treibenden Kurbeln Winkel von



120 Grad miteinander bilden. Man sagt daher, die Ströme seien um 120 Grad gegeneinander verschoben. Die drei Einzelströme, die man auch „Phasen“ nennt, setzen sich zu einem Dreiphasenstrom, kurzweg Drehstrom genannt, zusammen.

Genau das gleiche gilt in der Elektrotechnik. Von der Drehstrommaschine, die wir jetzt an Stelle der Kraftmaschine zu denken haben, gehen drei Leitungen aus, die in der Maschine in einem Punkt zusammenlaufen. Man nennt diesen Punkt den „Sternpunkt“ und sagt, die Maschine sei „im Stern geschaltet“. Die drei Leitungen führen den Strom zu dem ganz gleich gebauten Drehstrommotor, der dadurch in Drehung versetzt wird und die mit ihm verbundene Arbeitsmaschine treibt.

Wenn wir die Parallele der Wasserströme mit den elektrischen Strömen vervollständigen wollen, so müssen wir die Kolben der Maschinen in Abb. 4 sehr schnell laufen lassen; jedes Schwungrad müßte

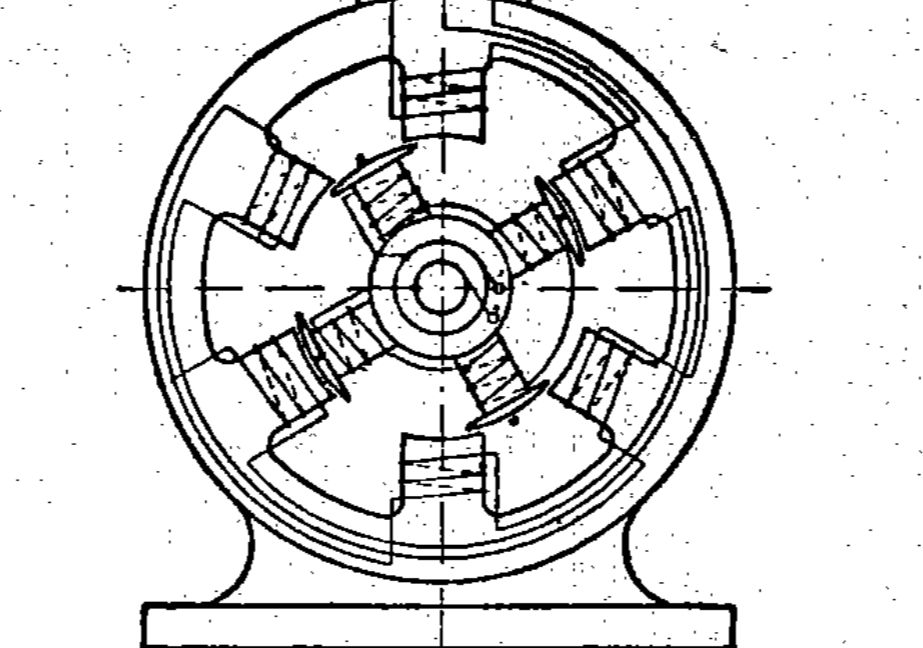


Abb. 5.

50 Drehungen in der Sekunde, das heißt 3000 in der Minute machen, denn auch der technische Wechselstrom schwingt in der Sekunde fünfzigmal hin und her; man sagt, er macht 50 Perioden. Eine Maschine, die Drehstrom liefert, zeigt Abb. 6. Der innere drehbare Teil heißt der Rotor; es ist ein in bestimmter Weise mit isoliertem Draht umwickelter Eisenkern, der eine Anzahl Magnetpole besitzt. Es brauchen nicht gerade vier zu sein wie in Abb. 6; gewöhnlich sind es bedeutend mehr. Der Drahtwicklung des Rotors wird durch die auf Schleifringen ruhenden Bürsten J und K Gleichstrom zugeführt; dadurch wird der Eisenkern magnetisch. Der den Rotor umschließende feststehende Teil der Maschine heißt Stator; er besteht gleichfalls aus Eisen, trägt eine Drahtwicklung und besitzt auch eine Anzahl Magnetpole, die in drei Gruppen miteinander und mit den Klemmen U, V, W verbunden sind. In diesen drei Polgruppen des Drehstromgenerators erkennen wir die drei Zylinder der Kolbenmaschine wieder, die uns als Wasserbeispiel zum Drehstrom diente. In den Wasserkraftwerken wird jede Drehstrommaschine mit einer Wasserturbine gekuppelt, die die Aufgabe hat, den Rotor mit einer bestimmten hohen Geschwindigkeit zu drehen. Dabei laufen die Rotorpole an den Polen des Stators vorbei und rufen durch Induktion — ein vielen Lesern wohl noch von der Schule her vertrauter Begriff — elektrische Ströme in der Statorwicklung hervor. Und zwar Wechselströme, weil immer abwechselnd ein Nord- und ein Südpol des Rotors an den Statorpolen vorbeigleitet, so daß immer entgegengesetzte Pole zur Wirkung kommen. In jeder Polgruppe des Stators entsteht ein solcher Wechselstrom; im ganzen entstehen also drei. Diese drei Wechselströme vereinigen sich ganz wie die drei Wasserströme der Abb. 4 zu dem, was man Drehstrom nennt. An den Klemmen U, V und W wird der Drehstrom abgenommen und dem Leitungsnetz zugeführt.

Schmieden und Nieten mit elektrischen Maschinen (Nachdruck verboten.)

Beim Schmieden und Nieten mit elektrischen Maschinen hat man zwei Möglichkeiten zu unterscheiden: Maschinen mit elektrischem Antrieb und Maschinen, welche die Elektrizität unmittelbar zu ihrer Arbeitsleistung, also zum Beispiel zum Anwärmen von Nieten und Schmiedestücken benötigen. In die erste Gruppe sind auch die Maschinen zu rechnen, die zu ihrer Arbeit Preßluft nötig haben, die sie aus elektrischen Kompressoren beziehen, wie dies beispielsweise bei den mannigfaltigsten Konstruktionen von Schmiedehämmern geschieht. In allen Fällen hat sich die Elektrizität als äußerst wirtschaftlich gezeigt und so ist es zu verstehen, daß sich besonders die Maschinen, die nicht nur elektrisch angetrieben werden, sondern auch in ihrer ganzen Arbeitsweise die Elektrizität ausnutzen, gut eingegriffen haben und ständig Verbesserungen erfahren.

Es ist längst allgemein bekannt, daß zum Antrieb von Werkzeugmaschinen der elektrische Antrieb äußerst wirtschaftlich ist. Ebenso verhält es sich aber mit den Schmiedemaschinen; unsere modernen Werke arbeiten auch schon nach diesem Prinzip, sofern es sich um eine Massenherstellung (besonders kleinerer Arbeitsstücke) handelt. Es soll hier zunächst die Arbeitsweise einer modernen Maschine zum Schmieden und Formen beschrieben werden.

Zum Biegen und Formen auf maschinellem Wege bedient man sich der waagerechten Kniehebelpresse. Die Stempel werden an Stößel

und Tisch in den hier vorgesehenen T-Schlitzen befestigt. Zwei seitliche Schubstangen, die direkt mit der Antriebswelle in Verbindung stehen, wirken auf den Stößel, dessen Bewegung von Hand mittels einer Reibungskupplung ein- und ausgeschaltet werden kann; jedoch läßt sich meist auch eine selbsttätige Auslösung anbringen, durch welche der Stößel in rückwärtiger Lage stillgestellt wird. Derartige Maschinen werden zur Massenfabrikation aller denkbaren Formstücke benutzt, wobei das Profil des Materials keine Rolle spielt. Die Nietenmaschine ist so angeordnet, daß der Antrieb sowohl mit Nieten als auch unmittelbar durch Einzelmotor erfolgen kann.

Der Elektro-Lufthammer beschafft sich neuerdings selbst in kleineren Schmiedewerkstätten Eingang, zumal es ein leichtes ist, den Dampfhammer auf Preßluftbetrieb umzustellen. Immer wieder erweisen sich solche Umstellungen als äußerst wirtschaftlich. Der schwereren Lufthammer benutzt man gern mit Einzelantrieb, da diese Antriebsart alle Vorteile in bezug auf Regelung und Anpassung in sich vereint, gleichzeitig aber doch gegen Stöße und Überlastungen nachgiebig ist.

Am auffälligsten treten die Vorteile, welche die Elektrizität in der Schmiede zu bieten vermag, an den Maschinenutage, die zum Warmmachen der Schmiedestücke dienen, also die Elektrizität als Heizkraft benutzen. So beginnt zum Beispiel der elektrische Nietenwärmer, sich in vielen Werkstätten unentbehrlich zu machen. Es verlohnt sich, auf ihn etwas ausführlicher einzugehen.

Es ist eine alte Erfahrung, daß beim Schmiedefeuer in der Esse, besonders beim Anwärmen kleiner Stücke, wie zum Beispiel der Nieten, ganz bedeutende Wärmeverluste, mitunter bis zu 90 % zu verzeichnen sind, und außerdem bedeutet das offene, ruhende und rauchende Schmiedefeuer für eine moderne Werkstatt eine Beeinträchtigung der ganzen Arbeitsmöglichkeit. Hier ist dann noch in hygienischer Beziehung die Luftverschmutzung, besonders durch die Kohlenoxydgase zu berücksichtigen. Alle diese Nachteile fallen bei der Erwärmung durch das elektrische Widerstands-Erhitzeverfahren vollkommen fort. Die Maschine wird nur so lange mit Strom versorgt, wie die Erhitzung es erfordert, und leistet etwa das Zweifache eines Schmiedefeuers, obwohl (bei Nieten) der Wärmeverbrauch nur etwa 3 % von dem des Schmiedefeuers beträgt.

Jede elektrische Schmiedemaschine ist zum Erwärmen von Werkstücken zu verwenden, da der Strom von niedriger Spannung auf das Werkstück nach und nach wirkt, man also das Werkstück aus der Maschine entfernen kann, wenn noch nicht die Schmiedetemperatur eingetreten ist. Als Nietenwärmer lassen sich dagegen die Schweißmaschinen nicht verwenden; hier bedient man sich vielmehr der mannigfaltigen Spezialmaschinen, die häufig mit Nadeln und anderen Vorrichtungen versehen sind, um sie an den Montageplatz oder auch nach schwer zugänglichen Stellen, auf hohe Gerüste usw. schaffen zu können. Zur Kühlung der Elektroden und Armaturen bedient man sich des Wassers, was natürlich für die transportable, für Montagezwecke bestimmten Maschinen nicht in Frage kommt; vielmehr wird bei diesen meist Luftkühlung vorgesehen. Neuerdings wird häufig der sogenannte Verdampfungs-Kühler angewandt, bei dem in einem Kühlgefäß Wasser untergebracht ist, das bei intensiver Benutzung des Nietenwärmers zu kochen beginnt, aber den Dampf durch eine Öffnung entweichen läßt, so daß die Elektroden stets bis auf Siedetemperatur des Wassers gekühlt sind.

Auch zum Erwärmen großer Schmiedestücke sind elektrische Esen geschaffen worden, bei denen der Tisch die eine Elektrode bildet, während von oben her zwei Elektroden auf das Schmiedestück einwirken. Endlich sei noch der mannigfachen Konstruktionen von Preßluft-Mechanismen gedacht, die fast stets die Preßluft aus elektrischen Kompressoren beziehen. — Wir sind heute so weit, daß eine Schmiede bereit eingerichtet werden kann, daß sie vollkommen mit Hilfe der Elektrizität arbeitet. So wird aus der ruhigen, unschönen Schmiede ein Betrieb von äußerster Sauberkeit. S. 64.

Eine neuartige Autogen-Schneidmaschine

Eine Vereinfachung im Bau schwerer Maschinen und Eisenkonstruktionen, wie von Pressen, Scheren, Stangen, Richt- und Biegemaschinen, Krananlagen u. a. m., dürfte mit der völlig selbsttätig arbeitenden Autogen-Schneidmaschine, Bauart Messer, verbunden sein, bei der durch die mechanische Führung und Bewegung des Schneidbrenners an Stelle der Handführung viele neue Möglichkeiten für die Anwendung des autogenen Schneidverfahrens erschlossen werden dürften. Zur genauen Einstellung der zweifachen Schnittgeschwindigkeit entsprechend der Stärke des zu bearbeitenden Werkstückes dient ein im Innern der Maschine eingebauter, stufenlos einstellbares Getriebe, das durch ein Handrad bedingt werden kann. Neben der Maschine befindet sich ein Zählometer, das die jeweilige Schnittgeschwindigkeit genau anzeigt. Mit der Maschine lassen sich ausführen Geradschnitte, Gehängeschnitte und Kurbschnitte nach beliebigen Schablonen. Die Einstellung des Gasdruckes und der richtigen Schnittgeschwindigkeit erfolgt nach einer bestimmten Tafel. Die wichtigsten Teile der Maschine sind die selbsttätige Kreisbewegung, die selbsttätige Längsbewegung, die Höhenverstellung, das Regelrad für die Schnittgeschwindigkeit, die Kupplung für die Längsbewegung und für die Querbewegung, der Schältschalter für den Schablonenschnitt, die Querbewegung und die Kreisbewegung von Hand und der Geschwindigkeitsmesser. Die verschiedenen Schaltgriffe sind so angebracht, daß sie bei jeder Stellung des Brenners bequem erreicht werden können.

Einige Beispiele mögen die Arbeitsweise der Autogen-Schneidmaschine erläutern: Bei einem Langträgerblech von 12 Millimeter Stärke und 13 870 Millimeter Schnittlänge betrug die Schnittdauer 43 Minuten, der Agerungsverbrauch 224,5 Liter, der Sauerstoffverbrauch 2225 Liter. Bei einer Schuttlänge aus Flußeisen von 80/100 Millimeter Stärke und 1700 Millimeter Schnittlänge betragen die entsprechenden Werte 17 Minuten, 145 oder 1800 Liter. Bei einer Kurbelwelle aus Flußeisen von 75 Millimeter Stärke und 220 Millimeter Schnittlänge 2 Minuten 12 Sekunden, 56 oder 365 Liter. Bei einer Verkleidung aus Kesselblech von 10 Millimeter Stärke und 2650 Millimeter Schnittlänge 7 Minuten 42 Sekunden, 35 oder 350 Liter. Das Anwendungsgebiet der Autogen-Schneidmaschine umfaßt die gelamte Eisen und Stahl verarbeitende Industrie, insbesondere den Lokomotiv-, Bahnmotoren-, Dampfessel- und Turbinenbau, dann den Schiff- und Kränenbau, die Hütten- und Walzwerke sowie den allgemeinen Maschinenbau. S. 6.

Schutzanstrich für verzinktes Eisenblech

Verzinktes Eisenblech ist nicht unbedingt witterbeständig; namentlich durch Regenwasser in Industriegebieten, das Rauchgas aufzunehmen hat, wird es stark angegriffen. Schutz ist nur möglich durch einen Anstrich. Dabei ist aber zu bedenken, daß Anstrichfarben auf dem verzinkten Blech nur langsam haften und sehr bald abblättern. Es gibt aber ein einfaches und billiges Mittel, das Blech für haltbaren Anstrich vorzubereiten: In einem Liter Wasser löst man 15 Gramm Kupferchlorid, 15 Gramm salpetersaures Kupferoxyd und 15 Gramm Salznähe. Nachdem alles gelöst ist, gießt man 15 Kubikzentimeter Salzsäure zu und bespricht das Blech mit einem breiten Pinsel. Anfangs entsteht Schwarzfärbung, die aber nach einem Tage zurückgeht und grau wird.

Jetzt ist das Blech anstrichbereit. Als Schutzfarbe benutzt man entweder schwarze Altpalstarbe mit Gold- oder Kohlenfärbung mit Zinnpulver, Aluminiumpulver. Ebenfalls gut ist schwarzer Holzschleiflack, Zinnstaubfarbe, Rennie mit Aluminiumhydroxyd (Reinigte allein zeigt zum Abblättern) oder schließlich Eisenoxydfarbe.



Familie und Heim



Der sterbende Zigeuner an seinen Sohn

Mein Sohn, ich sterbe —
 Drum hör' mein letztes Wort,
 Das wie ein Geist der Schwaden Brutt entfliehet.
 Der große Geist, die Sprache der Natur,
 Verlangt sein Recht! ...
 Dafs er den Staub zu Staub umschaffen kann,
 Um ihn zu neuem zu verwenden.
 Du bist ein Sprösslein freier Stämme —
 Würdig, ein Kind der Sonne, frei zu sein!
 Am frei zu sein, mein Sohn,
 Versteht Du, frei!
 So wie ich's war ein ganzes Menschenleben:
 Sei keines Fürsten Freund
 Und keines Pfaffen Freund,
 Keines Herren Freund!
 Die Herrschaft hol' der Teufel!
 Dir selber Herr,
 Dir selber Priester, Gott,
 Und Du wirst glücklich, Mensch!
 Fluch denen, die dem Erdenballe Saft und Mark entlaugen
 Mit Firtelanz und eindressiertem Lug,
 Die Hunger schufen, eine Welt voll Kranke.
 Sieh Dir die Hauten an, mein Sohn, und ist es Gold,
 So denk an Hunger und luche sie zu stürzen!
 Man hat gestohlen uns und unserm Volk
 Das alles, was sie jetzt ihr eigen nennen.

Das war's, mein Sohn, was meine Seele drückt ...
 Leg nun mit Deiner starkgeübten Hand
 Den Strohhalm mit in meinen welken Nacken,
 Damit ich abauen darf der Sonne Untergang —
 Und in der roten Blut mein Aug' erquicken —
 So, so wird's geh'n, mein Sohn!
 Und nun die Geige dort,
 Die Du so meisterhaft verstehst zu spielen ...
 O Sohn, so laß, so göttlich läßt —
 Der große Geist hat Deine Hand geführt —
 Ja, so ist's recht, mein Sohn,
 So schlag mein Herz ein in der Liebe Glück.
 O Sohn, Sohn, Du trägst in einen Himmel mich zurück!
 Sohn, schneller, wilder, toller, wutgeschwellt!
 Wie Blüt und Donner und schwarzwolkige Wetter.
 Daraus mit Göttergrimm der große Geist
 Die faulen Knechte treibt zum Weltgerichte —
 O, Schlag auf Schlag, mein Sohn,
 Schlag immerzu,
 Ergreif den Zackendolch mit Deiner Linken
 Und schau die Sonne an,
 Den feurigroten Ball,
 Und Deiner Brüder großgelognen
 Halsesstrahl in Deinem Blick! —
 So legne ich den Hals,

So legne ich das Recht
 Der heimtlichen Sippe.
 (Ephosa von der Klapper.)
 Dieses Gedicht, dessen Verfasser unbekannt ist, scheint während des Sozialkrieges im Ruhrgebiet entstanden zu sein. Es handelt sich um ein Gedicht eines Soldaten, natürlich nicht gebildet, sondern eines Mannes, der in der Front war, wo er in einer Gasse in einem Stadel denkwürdiger Arbeiterblätter (s. F. K.)

noch nicht gekommen, den körperlich Schwerarbeitenden etwa dem geistig Vielarbeitenden gegenüberzustellen! Die körperlich Schwerarbeitenden werden im geraden Gegenteil mit einer Art Verachtung angesehen. Die geistige Arbeit des Kopfarbeiters ist in den meisten Fällen Lebensbedürfnis, sie fällt sein ganzes Dasein aus und dringt auch in die oft kurz bemessenen Freistunden. Die Arbeit des Handarbeiters kann aber gar nicht Selbstzweck für ihn sein; sie ist ihm nur Mittel zum Zweck, nämlich zur Lebenserhaltung. Diese Arbeit darf aber nicht bis zur Unendlichkeit ausgedehnt werden, sonst hat er nicht Zeit zum Menschsein. Zum Menschsein gehört vor allem Pflege der geistigen Bedürfnisse! Man ist aber nicht mehr aufnahmefähig, wenn der Körper in zehn oder zwölf Arbeitsstunden zu sehr in Anspruch genommen worden ist.

Es gibt Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, deren Lebensbedürfnis ebenfalls auf geistigem Gebiet liegt. Sie konnten ihre Befähigung aber nicht zum Beruf ausbauen, da ihnen die Geldmittel zur Ausbildung fehlten. Warum sollten die zu kurz kommen? Die Zeit nach der achten Stunde muß jedem Erfüllung seiner persönlichen Wünsche und Bedürfnisse sein. Auch der Erholung soll diese Zeit gewidmet werden. Eine unbedingte Notwendigkeit aber ist es, sich mit den geistig Gleichgesinnten zu verständigen, es muß über Änderungen und Neuerungen, über Wege und Ziele gesprochen werden.

Wer vom Ziel nichts weiß,
 kann den Weg nicht haben;
 wird im gleichen Kreis
 all sein Leben traben. (Morgenstern.)

Wie ist es nun mit dem Feierabend? Die acht Arbeitsstunden sind vorbei. Die Tore der Fabrik öffnen sich. Nicht immer führt der Weg des Arbeiters gleich nach Hause. Die Arbeiterin geht wohl nach Hause, aber ihrer wartet oft neue Arbeit; sie muß sich um das Essen kümmern, um jüngere Geschwister, denen die Mutter fehlt, die außer dem Hause wohnt oder plättet oder näht — es reicht eben nicht, wenn nicht alle mitverdienen, die irgend können. Oder aber sie „ziehen sich an“, nämlich die guten



Arbeitslos

Nach der achten Stunde

Der Achtstundentag ist die Forderung, an der wir unbedingt festhalten müssen! Wir müssen es erreichen, daß der Achtstundentag zur Selbstverständlichkeit wird, er darf nicht mehr angefochten werden, für Männer sowohl als auch für Frauen. Auch dort, wo der Achtstundentag schon eingeführt ist, muß er unbedingt gehalten werden.

Wie kommt es, daß man in bestimmten Gesellschaftskreisen so wenig Verständnis zeigt für die Forderungen des Werktätigen? Wie kommt es, daß man die achtstündige Arbeitszeit als Schrittmacher der Volkserlöserung bezeichnet? Und schließlich, worin besteht unser Recht auf die Gleichteilung der vierundzwanzig Tagesstunden in Arbeits-, Erholungs- und Ruhezeit?
 Es ist da einmal das großmächtige Kapital, das den Arbeiter auszunutzen möchte bis zum letzten, und dreimalige Schichtwechsel, das ist ja etwas, das den Betrieb stört. Es ist ja viel einfacher, wenn derselbe Mann, dasselbe Mädchen zehn oder zwölf Stunden bei jenem Stand steht. In der Mehrzahl haben die Fabrikherren gar keine Ahnung von der Schwere der Arbeit, die in ihren Betrieben geleistet werden muß. Sie legen auch gar keinen Wert darauf; ihnen genügt es, wenn jeder Arbeiter seine Nummer hat, wenn aus dem Hergeleiteten sich eine möglichst vielfältige Zahl zum eigenen Vorteil erweihen läßt. Gewiß müssen wir ein Beispiel anzuführen, Jugendliche eine bestimmte Zeit praktisch tätig sein, um die Grundbegriffe und Zusammenhänge von Arbeitsabteilungen kennenzulernen. Bei ihnen kann man aber diese verhältnismäßig kurze praktische Arbeitszeit nicht so bewerten, wie die des dauernd Handarbeitenden oder des Maschinenarbeiters. Denn der zukünftige Jugendliche hat ganz andere Lebensansprüche vor sich. Sein Lebenspiel liegt, wenn auch nicht außerhalb dieser praktischen Arbeit, so doch über ihr. Es ist ein ganz anderer Duz, wenn jemand tagaus tagein dieselbe gleichförmige Arbeit tut, vom nächsten Tag nichts weiter erwarten kann als eine Wiederholung des heutigen, und der heutige ist auch nur eine Wiederholung des gestrigen. Dieses ewige unspannende Gleichmaß ist nicht den Menschen ab. Die anderen aber, die sich bewegen, einzig und allein Arbeitsmöglichkeit und Arbeitsleistung zu beurteilen, die tun solches und ganz bestimmten Gesichtspunkten. Einer davon ist: Wie kommt es bei der und der Arbeitsleistung meiner „Leute“ zum größten Gewinn? Ein anderer Gesichtspunkt ist: Wie verbringe ich das arbeitende Menschenmaterial auf möglichst anständiger Weise am liebsten? Auch ein anderer: Wie verbringe ich dem Menschenmaterial ein Leben zur Eingliederung seines etwa vorhandener Fähigkeiten? In diesem Joch leidet ihnen der Alkohol vorzügliche Dienste. Der Inhalt der Zeitungen, der dasselbe Ziel verfolgt, vermag glücklicherweise nicht mehr.
 Es gibt keinen Fabrikherrn, dem der Achtstundentag kein Dorn im Auge wäre. Ein ganz und viel geschwätzter „hochhaltiger“ Gedanke zu seiner Verwirklichung wird gerne ins Feld geführt. Gut etwa der Schriftsteller eines Achtstundentags? O, dieses ewige fadenförmige Wesen des Kapitalarbeiters am Handwerker von dieser Seite aus! Auf den Gedanken ist man

Meider — wer wollte es ihnen verübeln? Andere wieder, Männer wie Frauen, ziehen mit Spaten und Harke in den Schrebergärten und besaßern ihre kleinen Laubengüter. Wieder andere waschen den Fabrikstaub ab und gehen in Versammlungen, die sie aufklären, oder sie besuchen Vorträge, die ihr Wissen bereichern. Wieder andere gehen ins Kino und es sind dazwischen 4 bis 5 Millionen wöchentlich in Deutschland, die dort Zerstreuung, Erholung und Wissensbereicherung suchen.

Welche Möglichkeiten liegen außerhalb der achten Stunde? Man könnte wirklich annehmen: für jeden das Seine. Ach, wenn wir doch sehen könnten! Die Zeit nach der achten Stunde darf nicht bloß verträumt werden vor Schamenscherblendwerk und mit der an und für sich wohl zu verstehenden Sehnsucht, einmal ganz wo anders sein zu wollen. Die Zeit nach der achten Stunde darf auch nicht faullos verträumt werden, der Arbeiter darf sich durch den Alkohol nicht zum „unwirtschaftlichen“ Stempeln lassen. Der Arbeiter sollte auch nicht vorurteillos irgendeinen Film anschauen wollen, der durch groß aufgemachte Reklame ins Auge springt: Wir haben in unserer Presse auch den Filmkritiker, der unbedingt und nach unseren Gesichtspunkten die Bildstreifen beurteilt. Wir haben noch lange nicht den Film wie manche andere Staaten, der es fertig brächte, das wirkliche Leben ohne zübel schonfärbendes Licht auf die Leinwand zu bringen.

Die Feierabendfrage ist eine Lebensfrage. Von der Art, wie Mann und Frau sich das „Nach der achten Stunde“ gestalten, davon hängt es ab, wie die äußere und innere Zukunft unserer selbst und unserer Kinder ansieht. Vergessen wir auch nicht die Aufgaben, die besonders die Frau hat in bezug auf Ansgestaltung des Feierabends! Sie hat es hauptsächlich in der Hand, was der Feierabend kosten soll: Eine lange Bier- und Schnapsrechnung — oder ein bißchen Selbstüberwindung zu Ordnung und Frugalität. Uns Frauen soll nicht der Vorwurf treffen: „Sie wissen ja mit der vielen freien Zeit gar nichts anzufangen.“ Die beste Abwehr ist: Beweis, daß wir die acht Erholungsstunden nicht nur zuzufügen brauchen, sondern daß wir sie zu nutzen verstehen. Dann kann der Vater seinen Kindern auch Erzieher sein, der Wissenstüchtige kann sich in seine Bücher vertiefen. Diese Stunden müssen was des Lebens Werte zeigen, erst hinter der achten Stunde liegen für uns die Möglichkeiten, Mensch zu sein.

Kann man Kinder ohne Prügel erziehen?

In diesem letzten erziehenden Aufsatz möchte ich mich wie folgt äußern:
 Auch ich bin der Ansicht, daß man Kinder ganz gut ohne Prügel erziehen kann. Sehr viel wird beim Kind als Unart oder Fehler angesehen, was in Wirklichkeit die beste Art ist. Als Beweis führe ich drei weitere Beispiele an:
 Keine Kränze und ich grüße herzlich in die letzten Schulklassen. Eines Tages ließ es uns irgendeinem Grund: „Morgen ist Schulfest!“ „Ja, morgen ist Schulfest, aber heute ist heute“, machten wir mitunter aus, sondern lassen uns morgen früh werden wir gewünscht. Sind das eine letzte Überzeugung, wenn wir dann aus dem Fest hüpfen und sagen: „Wir haben ja gar keine Schule heut!“ Doch es kam anders. Meine Tochter hatte in aller Herrgottsfrühe erfahren, daß Schulfest war, und wurde nun ihrer Tochter mit Schlägen auf,

weil sie so „falsch“ war. Auch meine Mutter hatte sie benachrichtigt. Nun war zwar Mutter nicht so schlagfertig, aber immerhin blieb ich beim Aufwachen in ein sehr ernstes Gesicht und statt daß ich meine Neugierde hervorbruheln konnte, bekam ich eine inhaltreiche Strafpredigt: Man dürfe der Mutter nichts verhehlen. ... Etwas später standen wir zwei zu Unrecht Verteilten beim Hofenfall u. berieten allen Ernstes, ob wir nicht lieber auf und davon gehen sollten. „Wenn wir zwischen Hochsteln und Hochgern durchgehen kommen wir ganz sicher in die Türkei“, meinte schluchzend mein Cousinchen. „Dort wird man uns nicht prügeln, wenn wir jemandem überfahren wollen!“

Ein junges Ehepaar lehrte mit seinem vier Monate alten Kind den Spaziergang heim. Die drei Stunden sind um und das Baby das in der frühen Luft erst recht Hunger bekommen hat, schreit an vollem Halse. Die Mutter macht schnell ein Suppchen zurecht, klopft es, die Milch ist trotz der Hitze noch gut. Die Kleine ummt gleich einen Esel, sehr bedächtig einen zweiten und — verweigert die Nahrungsaufnahme. Die Mutter redet gütig zu, der Vater möge das Kind wegen seines „Eigenhums“ am liebsten schlagen — aber alles nützt nichts. Schließlich weint sich das Kleinkind in Schlaf. Nach drei Stunden halt die Mutter abermals Milch aus dem Kell. Doch, o weh, sie ist sauer! Der seine Geschmacksinn des Kindes hat schon bei der vorhergehenden Mahlzeit eine Veränderung der Milch bemerkt und durch seine energische Weigerung wahrscheinlich eine Verdauungsstörung verhindert.

Die siebenmonatige Klein-Marie ist wirklich sehr gut. Sie ist vergnügt, freundlich, ruhig. Da mit einem Male legt sie sich ein durchaus nicht hübsche Manier bei: Sie stößt bei dem geringsten Anlaß einige durchdringende Schreie aus. „Du wirst bald Brüder kriegen, wenn du so schreiest!“ jagt eine alte, lebenswürdige Verwandte, die im Haus wohnt. Die junge Mutter entgegnet nicht, aber auf ihrem Gesicht ist deutlich zu lesen: Du wirst die Kleine bestimmt nicht schlagen! Und ich selber gehe von dem Standpunkt aus, daß ein bisher ruhiges Kind nicht ohne Grund sich von heute auf morgen ändert. So wird Klein-Marie auch weiterhin mit Geduld und Geduld umgeben. Und siehe da, nach etwa acht Tagen kommt das erste Zähnechen zum Vorschein, bald darauf das zweite und nun ist die Kleine wieder das lebenswürdigste Kind.

Aus diesen Beispielen geht deutlich hervor, daß der Erziehung in der Regel nur die äußeren Handlungen des Kindes beurteilt, nicht aber die inneren Beweggründe hierzu. Und gerade dies ist doch die Wesentliche. Man darf sich nicht damit begnügen, auf das Kind ein zübelnd einzuwirken, sondern man muß sich fortwährend selbst erziehen. Wer Erzieher ist bei eigenen oder fremden Kindern, der kommt es erschreckend klar zum Bewußtsein, wieviel am eigenen Charakter noch zu bessern ist. Wer die Kinder nur als Objekte für seine schlaue Raune betrachtet, darf der sich wundern, wenn er statt fröhlicher Jugend nur unfröhliche, launische Frühjahrsfrüchte erzielt?

Noch eines möchte ich zum Schluß sagen: Sehr viel, was dem Kind besonders schwer fällt, läßt sich ins Gegenteil verwandeln, wenn man eine kleine Belohnung verpricht. Besonders das Erzählen ist eine sehr beliebte und zugleich kostenlose Belohnung. Mit größter Spannung hängen die Kinder auf das, was Vater oder Mutter erzählt aus dem eigenen Leben, aus Lehrenten und unterhaltenen Büchern. Es läßt sich jeder Stoff hierzu verwenden, wenn man ihn nur dem kindlichen Verständnis anpaßt. Daß man keine Spuk-, Raub- und Mordgeschichten erzählt, ist ja selbstverständlich.

Weg also mit der Prügelstrafe! Wer es versteht, sein Kind von Langeweile zu bewahren, ihm Spiel und Arbeit anregend zu gestalten, der wird ohnehin nicht zuviel Ärger haben im schaulichsten Beruf, den es gibt: in der Erziehung. Marie Schulp.

Frauen und Invalidenunterstützung

In der Metallarbeiter-Zeitung wird seit Wochen die Einführung der Invalidenunterstützung eifrig besprochen. Das geht uns eigentlich noch mehr an als die Männer. Denn von unserem Wirtschaftsgeld geht der alte wie der neue erhöhte Beitrag ab. Wenn es uns Geld geht, hört bekanntlich die Gemütslichkeit auf. Wir Frauen müssen uns nicht bloß den Beitrag abhaken, sondern wir haben auch die schwerste Last zu tragen, wenn Kurzarbeit, Streik, Ausperrung und Arbeitslosigkeit herrscht. In diesen schlimmen Zeiten stehen wir hinter dem häuslichen Thron und halten ihn aufrecht. Wären wir nicht der gewerkschaftlichen Sache treu geblieben, mit dem Verbandsstande es wahrscheinlich nicht ganz so wie heute. Wenn wir Frauen aber mit unermüdetem Leben und Wohlfühlen mit der Gewerkschaft verknüpft sind und wir ihr ständig Opfer bringen, so sollte sie auch willig sein und billig sein, unser gebührendes Gedanken bei der Invalidenunterstützung. Das ist aber in dem Entwurfe des Vorstandes nicht der Fall. Wir werden darin zu wenig berücksichtigt. Selbst der Mann kommt in den Genuss der Rente und stirbt, dann gehen wir fast leer aus, obwohl wir mit dem Manne alt geworden sind und doch von unserem Haushaltsgelde die Beiträge abgezahlt haben. Es wäre daher nur gerecht, wenn der Entwurf so geändert würde, daß wir Frauen mindestens 50 % der Rente des verstorbenen Mannes erhalten. Durch eine derartige Berücksichtigung der Frau wird dieser das gewerkschaftliche Gewissen geschärft und der Verband dürfte den größten Vorteil davon haben, weil er sich noch viel mehr Frauen gewinnt. Anna Sicht.

Kleine Ratsschläge

Schreibfedern kann man, um das oftmalige Eintauchen zu vermeiden, zu einer Art Füllfeder machen, indem man oberhalb der Schreibfeder in den gewöhnlichen Federhalter eine alte, abgenutzte Feder, deren Spitze man mittels der Schere abgestumpft hat, einlegt. Der Raum zwischen den beiden Federn füllt sich beim Eintauchen mit einer ansehnlichen Menge Tinte, welche durch Adhäsion fest genug gehalten wird, um nicht zu fließen.
 Ein Mittel gegen Rosenblaten. Man nehme ein etwa reichlich fingerlanges Stück Papier und drehe es zu einem Köstchen zu einem Saurem. Man schiebe es unter die Zunge, soweit es geht, und verhalte sich ruhig mit ein wenig zurückgenemtem Kopf. Das Köstchen blutet vor augenblicklich oder doch in wenigen Sekunden auf dem Pflaumen reinigt man durch Aufstreuen von Salz, Erhitzen auf dem Feuer und Abreiben mit Pulver, wenn das Salz braun ist.
 Der Glanz eines ausgeklopften Teppichs wird erhöht, wenn man ihn mit einer in warmem Salzwasser nach gemachten Bürste nachmals abbürstet. Das läßt die Farben wieder ganz frisch ausleuchten.

Schwieriges Problem

Als ich eines Tages mit meinem dreijährigen Jungen spazieren ging, kam ich an eine Wiege. Ein Storch lag dorüber. Mein Junge betrachtete diesen und sprach zu mir: „Vater, was macht denn der Storch, wenn er ein Kind im Schnabel hat und in der Luft fliegt und gerade einmal gehen muß?“

In der Faszikule einer geschneiderten Taube sitzt der Arzt, all eben das Schicksal von der Gasse heimkommt, von der Taube gebürt und gestiftet wird und sofort auch mit seiner Taube auf der Rosenkissen ein Kröpfchen gibt. Da sagt der Arzt: „Gnädigste Köchin, nicht zu wissen, daß die Zunge des Quacks sein — Klostertapier!“

Wenn ich bedanke, daß früher zwei Schafe nötig waren, um eine Frau zu kleiden!
 Ja, und jetzt genügt eine einzige Seidenranne!

Zur Einführung der Invalidenunterstützung

Wir bringen heute die letzten Zuschriften zur Invalidenunterstützung. Damit ist die Aussprache geschlossen. Die Schriftleitung.

Verschiedene Änderungsvorschläge

Die Stimmen, die bis heute zu dieser Sache laut geworden sind, deuten darauf hin, daß der Vorstand sich mit seiner Vorlage entschieden im Irrtum befindet. Die Kollegen fordern durchweg eine Altersversicherung, der Vorstand aber präsentiert uns eine Invalidenversicherung. Wenn man darüber nachdenkt und sich diesen Kontrast vor Augen führt, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß die Vorlage lediglich ein Mittel zum Zweck darstellen soll. Hierfür gibt es aber doch andere Wege und es dürfte keinem überzeugten Kollegen einfallen, dem Vorstand die Mittel zu verweigern, die zur Schlagfertigkeit der Organisation unbedingt erforderlich sind. Wir fordern vom Staat schon vor weit wie lange den Ausbau der Invaliden- und Altersversicherung, und jetzt kommt man uns mit einer Vorlage, die sich nicht nur an die staatliche anlehnt, sondern, wie ich nachzuweisen vermag, viel rückständiger ist als die staatliche Versicherung. Es dürfte entschieden zu weit gehen, uns zuzumuten, diese Rückständigkeits in unser Verbandsstatut aufzunehmen.

Wenn nun der Vorstand schon nicht anders konnte, als eine Invalidenversicherung vorzuschlagen, so hätte man über doch erwarten können, daß die Vorlage in sozialer Hinsicht ein anderes Gesicht erhalten hätte. In Nr. 11 unserer Verbandszeitung sagt der Vorstand, daß die Leistungen im Durchschnitt erst nach 600 Wochen beginnen, also erst nach 11 1/2 Jahren. Wenn wir nun den Durchschnittsbeitrag von 25 \mathcal{M} die Woche bei einer Mitgliederzahl von nur 600 000 zugrunde legen, so ergibt sich nach 11 1/2 Jahren ein Kapital von 85 Mill. \mathcal{M} . ohne Zinsen. Nach Angabe des Vorstandes wird mit 3 vS zu unterstützenden Kollegen zu rechnen sein. Die Ausgabe hierfür wäre, wenn wir den Durchschnittsunterstützungssatz der Vorlage von 30 \mathcal{M} . den Monat zugrunde legen, 750 je Woche und Kollege, in Summa 22,50 \mathcal{M} für drei Kollegen die Woche. Hundert Kollegen zahlen je 25 \mathcal{M} die Woche oder 25 \mathcal{M} . Daraus ergibt sich, daß, wenn die Leistungen beginnen, das oben genannte angesammelte Kapital gar nicht einmal angegriffen werden braucht, sondern daß die Ausgaben laufende Einnahmen darstellen und außerdem noch 250 \mathcal{M} je hundert Mitglieder an den Kapitalfonds abgeführt werden können. Wenn wir nun ganz davon absehen, daß die Berechnung des Vorstandes mit 3 vS zu unterstützenden Kollegen schon reichlich hoch gegriffen ist, so ergibt sich doch schon aus obiger Rechnung, daß noch bedeutend mehr für die Kollegen aus der Vorlage des Vorstandes herausgeholt werden kann. Wenn nun der Vorstand sagt, daß auch mit Epidemien gerechnet werden muß, so liegt in diesem Satz wohl das Verständnis, daß die Vorlage wohl ein gutes Kapital ansammelt, aber die Leistungen als sehr bescheiden anzuprehen sind. Denn wenn der Vorstand bei der Vorlage sogar mit Epidemien rechnet, so geht das entschieden zu weit; denn der Aufbau einer Versicherung kann sich nur auf normale Verhältnisse stützen, zumal wir als Arbeiterklasse gegen höhere Gewalten vollkommen machtlos sein dürften. Also auch dieser Teil der Vorstandsrechnung kommt noch allen den Kollegen zur Hilfe, die für die Verbesserung der Vorlage bisher eingetreten sind.

Zur Verbesserung der Vorlage sind in Nr. 18 unserer Zeitung, vor allem von den Kollegen Neethen und Leopold schon sehr beachtliche Vorschläge gemacht worden. Ein anderer Kollege, Schöffel, ist bereits auf die Frauen zu sprechen gekommen, und hierzu möchte ich auch einige Ausführungen machen. Wenn der Kollege seinem Schriftsatz die Überschrift gibt: „Mehr für die Frauen“, so wäre die Überschrift: „Weniger für die Frauen“ richtiger gewesen. Denn wenn derselbe Invalidenunterstützungssatz, den die Vorlage für die Frau eines verstorbenen Kollegen vorsieht, noch mehr gestreckt werden soll wie die Vorlage es ohnehin schon tut, so dürfte das eine arge Verwässerung der Unterstützung darstellen und kein Kollege dürfte für derartiges Verständnis haben. Wie sieht nun die Unterstützung für die Frau aus, wenn man sie vom Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit aus betrachtet? Nach der Vorlage erhält die Frau im Sterbefalle eines Kollegen, der ein Anrecht auf die Unterstützung bereits erworben, jedoch noch keine in Anspruch genommen hat, fünf Monate lang diejenige Unterstützung, auf die der Verstorbene Anspruch hatte. Nehmen wir an, ein Kollege ist vor dem 25. Lebensjahre dem Verband beigetreten und hat 520 Wochenbeiträge je 30 \mathcal{M} = 156 \mathcal{M} entrichtet. Stirbt nun der Kollege, so erhält die Frau fünf Monate je 20 \mathcal{M} = 100 \mathcal{M} als Unterstützung (oder 63 vS der Beiträge gleichbedeutend) erstattet. Ein anderer Kollege hat 1360 Beiträge geleistet, ihm passiert das selbe, so erhält seine Frau fünf Monate je 40 \mathcal{M} = 200 \mathcal{M} oder gleichbedeutend mit 43 vS der Beiträge erstattet. Die Beiträge des letzteren Kollegen betragen 468 \mathcal{M} . Daraus ergibt sich, daß der Frau eines Kollegen mit 10jähriger Mitgliedschaft 20 vS an Beiträgen mehr erstattet wird als derjenigen Frau, die bereits 30 Jahre Beiträge entrichtet hat.

Ich darf wohl annehmen, daß der Vorstand derartige Ungerechtigkeiten in der Vorlage selber nicht dulden wird und für Abhilfe sorgt.

Im weiteren muß gefragt werden, ob wir es mit unserem sozialen Gewissen vereinbaren können, daß die Frauen beim Ableben des Kollegen gar nichts erhalten, wenn zum Beispiel erst 520 oder 519 Beiträge geleistet sind. Die staatliche Versicherung zahlt bei verschiedenen Anlässen, auch bei Ableben des Mannes, schon nach 200 Wochen 50 vS der Beiträge zurück. Es wäre wohl zweckmäßig, wenn wir auch in diesem Punkte der Frau mehr Entgegenkommen zeigten, denn auch sie muß für die Beitragszahlung Sorge tragen. Ferner dürfte der Frau geholfen sein, wenn auch i h r der Beitritt zur Invalidenversicherung unseres Verbandes mit entsprechender Beitragsleistung gestattet ist. Nach § 12 Abs. 2 der Vorlage soll der Nachweis für den Bezug der Rente durch eine staatliche Bestätigung der Invaliden- oder Angestelltenversicherung erbracht werden. Hier muß hinzugefügt werden „oder Unfallversicherung“. Denn wenn der Kollege durch Unfall Invalid wird, so fällt er bekanntlich nicht der Invaliden-, sondern der Unfallversicherung zur Last. W. B. i n d e r (Bremenhaven).

Kritik des Entwurfes

Schon die Überschrift in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung. Die Invalidenunterstützung des Verbandes, machte mich neugierig. Der einleitende Aufsatz und der Entwurf selbst bestätigten dann meine Vermutungen. Was dann noch an Hoffnung und gutem Glauben in mir vorhanden war, vernichteten die Erläuterungen zum Entwurf des Vorstandes in Nr. 11 der MZ, und ich konnte nach reiflichem

Durchdenken besagter drei Aufsätze zu der Überzeugung kommen, daß die ganze Geschichte nur eine Beitragserhöhung ist, die durch diese Invalidenunterstützung schmacht gemacht werden soll. Man will sich verhehlen, meine Ansicht zu benehmen. Vorher möchte ich noch sagen, daß der Unterstützungsbeitrag sehr gut ist und ihn wohl jeder Kollege begrüßen wird. Aber hier liegt der Haken im Pfeffer: Altersunterstützung! Altersunterstützung in allererster Linie muß es sein, und dann es das nicht sein, dann hat die ganze Sache keinen Zweck. Aber es kann Altersunterstützung sein. Denn es ist ein Trauerspiel, wenn man die alten Kollegen sieht, sie können und wollen arbeiten, aber kein Mensch will sie haben. Da sieht man dann so richtig keine Zukunft und man sagt sich: So wird es dir später auch ergehen! Darum brauchen wir eben eine Altersunterstützung.

Der Entwurf sieht 20, 25 oder 30 \mathcal{M} als monatlichen Beitrag vor und 14 bis 40 \mathcal{M} als monatliche Rente. Nimmt man nun die mittlere Beitragsstufe als Durchschnitt, so ergibt das bei 900 000 Mitgliedern je Jahr eine Summe von 11,6 Millionen. Nun braucht aber erst nach Ablauf von zwei Jahren Rente gezahlt werden, folglich hat man schon ein Stammkapital von 23 Millionen. Nun sind aber nach dem Entwurf des Vorstandes die ersten in Betracht kommenden Rentner der Zahl nach so verschwindend gering, daß diese Veteranen von 1891 wohl schon aus den Zinsen dieser 23 Millionen bezahlt werden können. Aber das ist noch nicht das Besondere. Von diesen wenigen Kollegen müssen ja diejenigen, die in den Genuss der Rente kommen wollen, gänzlich erwerbsunfähig sein, mit anderen Worten, Krüppel sein. Wenn man nun sagt, wie es in anderen Zuschriften ja schon geheißen ist, daß der Verband wohl ganz von selbst zahlen würde, wenn der betreffende Rentnerandwärtiger staatliche (Alters- und Invaliden-) Rente bezieht, so täuscht man sich sehr. Wer dieser Ansicht ist, der lese die Ausführungsbestimmungen in Nr. 11 Absatz 3 aufmerksam. Dort sagt der Vorstand, daß der Staat in Zukunft auch nur Invaliden kennt. Zum Überflus behält sich der Vorstand noch vor, den betreffenden Antragsteller von seinem, jedenfalls zu diesem Zweck aggestellten Arzt untersuchen zu lassen. Der Lauf der Dinge würde dann jedenfalls folgender sein: Ein Kollege ist staatsrechtlich als Invalide bezeichnet und erhält Rente; auf Grund dessen beantragt er beim Verband auch Rente, wird untersucht und für eben noch, sagen wir mal, 60 vS erwerbsfähig befunden, und fertig ist der Fall. Er bekommt also nichts. Verfolgen wir die Sache weiter. Nach der Meinung des Vorstandes ist mit 3 vS invaliden Mitgliedern zu rechnen, was wohl schon reichlich hoch gegriffen ist. Aber nehmen wir mal 3 vS an, so ergibt sich folgende Rechnung: Da im ganzen eine zehnjährige Wartezeit vorgezogen ist, so kommt dieser Hundertjahr natürlich auch erst nach 10 Jahren in Frage, so daß innerhalb der ersten 10 Jahre wohl höchstens 1% vS in Frage kommen. Das würde dann rechnerisch folgendes Bild ergeben: Einnahme im Jahr 11,6 Millionen = in 10 Jahren 116 Millionen. Ausgaben: 1% vS invalide Mitglieder = 13 500 Mitglieder. Hier haben wir die vorgezogenen Renten von 14 bis 40 \mathcal{M} . Nehmen wir als Durchschnitt 30 \mathcal{M} , so ergibt je Jahr 13 500 \mathcal{M} \times 30 \times 12 = 4 860 000 \mathcal{M} . Diese Summe mal 10 ergibt 48 600 000 \mathcal{M} . Also Einnahme: 116 Millionen, Ausgabe: 48 Millionen, bleibt ein Stammkapital von 68 Millionen, hierbei ist das Zinseneinkommen noch gar nicht in Rechnung gezogen. Nun sind wir nicht kleinlich und rechnen diese Zinsen als Verwaltungskosten. Wir hätten also nach 10 Jahren ein Stammkapital von 68 Millionen \mathcal{M} . Diese Summe würde bei einem Zinsfuß von 8 vS jährlich 5,4 Millionen bringen. 3 vS Invaliden mit einer Durchschnittsrente von 30 \mathcal{M} würden im Jahr 9,7 Millionen \mathcal{M} erfordern. Demnach wären also nur noch 4,3 Millionen \mathcal{M} erforderlich, um diesen 3 vS Mitglieder Rente zu zahlen. Dies ergäbe wiederum, daß die restliche Einnahme von 7,4 Millionen jährlich zum Stammkapital geschlagen würde und man käme dann in einigen Jahren dahin, daß die ganze Geschichte schließlich aus dem Zinseneinkommen des Stammkapitals bezahlt würde. Frage nun, was soll dann mit den einlaufenden Beiträgen geschehen? Man sieht, es ist sehr wohl möglich, mit den vorgezogenen Beiträgen eine Altersunterstützung einzuführen.

Mein Vorschlag geht nun dahin: Mit den Wartezeiten, wie sie der Vorstand vorschlägt, Einführung der Altersunterstützung vom vorläufig 65. Lebensjahre ab. Bei Mitgliedern, die im bezugsberechtigten Alter noch arbeiten, ruht die Rente. Bei Austritt oder Ausschlus aus dem Verband Rückzahlung der geleisteten Beiträge oder eines Teiles. Sollte es sich zeigen, daß die Sache in dieser Form nicht geht, dann müßte entweder die Rente herabgesetzt oder die Beiträge erhöht werden. Hierüber wären die Mitglieder zu befragen. Aber ich glaube, die Sache wird dann schon solchen Anlauf genommen haben, daß jeder Kollege gerne einen höheren Beitrag bezahlt, wenn er sieht, wie die alt. n Kollegen, gleichviel, ob Krüppel oder nicht, ihre Rente beziehen und das Geipens der Not im Alter von ihnen genommen ist, denn jeder wird einmal, wenn er nicht jung stirbt, alt. Auch verpreche ich mir eine große moralische Wirkung von der Altersunterstützung. Man denke, ein Kollege hat sein Leben lang beigeleitet, dann sagt er sich: Nun, wenn ich alt werde, erhalte ich neben meiner staatlichen Rente die meines Verbandes, an Wohlleben bin ich nicht gewöhnt, da werde ich dann wohl auskommen. Dadurch ergeben wir aufrechte Menschen; denn sie wissen, sie brauchen, wenn sie alt werden, nicht vor dem Arbeitgeber zu büdeln. Aber, wie gesagt, das erreichen wir nur durch eine Altersunterstützung. Darum werde ich mich an alle Kollegen: Sorgt dafür, daß es eine Altersunterstützung wird. Gotthold Kuhn, Hamburg.

In den Erläuterungen zum Entwurf (Nr. 10 MZ) heißt es: „Die neue Unterstützungsrichtung ist obligatorisch für die männlichen Mitglieder.“ Das würde bedeuten, daß Mitglieder, die erst spät, aber noch vor Einführung der Alters- und Invalidenunterstützung dem DVB beitreten, gezwungen würden, aus dem Verband wieder auszuscheiden, da sie keine Aussicht haben, jemals in den Genuss der Rente zu gelangen. Ich zum Beispiel war bis 1923 selbstständig, verlor alles in der Inflation, arbeitete nun in der Fabrik und wurde daraufhin Mitglied des Verbandes. Vor längerer Zeit wegen Arbeitsmangel entlassen, habe ich bei meinem Alter von 39 Jahren wenig Aussicht, wieder in dauernde Beschäftigung zu gelangen. Bin ich erst in der Krisenfurie ausgebeutet, so kann ich nur noch den 10 \mathcal{M} -Beitrag leisten. Soll ich also 150 Vollbeiträge leisten, so müßte ich noch 15 Jahre leben und leben. So alt werde ich wohl kaum werden. Wie mir, so wird es noch manchem spät eingetretenen Kollegen gehen. Deshalb sollte der Schlusssatz in der Zuschrift des Kollegen A. Stengerroth (in Nr. 20 der MZ, Seite 159) ganz besonders beherzigt werden: „... für alle, die im vorgerückten Alter den Weg zur Organisation fanden und keine Aussicht haben, in den Genuss der Unterstützung zu gelangen, das Obligatorium anzuschalten.“

Der Vorschlag auf Einführung einer Invalidenversicherung muß ganz entschieden abgelehnt werden. Wenn sich bisher so wenig Kollegen zu dieser Sache geäußert haben, so wahrscheinlich deswegen, weil sie sich sagen, daß es keinen Zweck hat, gegen derartige Vorschläge auszutreten. Wenn sich Kollegen auf irgendeine Art verschließen wollen, so sollen sie das ruhig tun. Diese Versicherung müßte eine freiwillige sein. Es ist doch eine starke Zumutung, die Gegner dieser Versicherung zu einer Sache zwingen zu wollen, die nicht im Interesse der Arbeiterklasse liegt. Diesen Vorschlag muß man geradezu als traftionär bezeichnen. Der Kollege Karl Lüttich, Halle, hat mit seinen Ausführungen in Nr. 20 ganz recht. Er spricht das aus, was viele denken, aber vielleicht nicht zum Ausdruck bringen können. Glaube denn der Vorstand, es sich leisten zu können, tausende viele tausend Mitglieder zu verlieren wegen einer Sache, die nur insofern dem Staat Nutzen bringt, als es der Staat dann nicht mehr für notwendig halten wird, die Renten zu erhöhen, weil die Arbeiter diese unangenehme Aufgabe ihm abnehmen. Dann besteht auch noch

die Gefahr, wie schon ein Kollege anführte, daß die Verbandsunterstützung auf die staatliche Rente angerechnet wird und die Kollegen die Opfer umsonst gebracht haben. Nein, der Staat hat die Pflicht, für die Opfer des Kapitalismus zu sorgen, und zwar so, daß die, die aus irgendeinem Grunde nicht mehr arbeiten können oder dürfen, auch als Menschen leben können. Das ist auch durchaus möglich, wenn die Interessen der Arbeiter von ihren Vertretern so wahrgenommen werden, wie sich gehört und wie es die Arbeiter fordern können. Was für die Beamenschaft recht ist, muß der Arbeiterchaft als dem produktiven Teil der Bevölkerung billig sein. Aber leider ist es so, daß der Arbeiter nur für das Wohlergehen anderer schuftet, während ihm selbst das Notwendigste vorenthalten wird. Der Antrag der kommunistischen Fraktion im Reichstage auf Herabsetzung der Altersgrenze und Erhöhung der Renten wurde abgelehnt, angeblich weil es an den paar hundert Millionen, die dazu notwendig sind, fehle. Auf der anderen Seite sind jedoch Milliarden vorhanden für die Reichswehr, Rüstungsindustriellen, Großagraren und für ungeheure Gehälter und Pensionen. Die Arbeiter fordern die Herabsetzung der hohen Gehälter und Pensionen, denn ist gleich ein Teil des Geldes da, um Arbeiterforderungen zu erfüllen. Da ich Gegner der Invalidenunterstützung im Verbands bin, verzichte ich darauf, Gegenanschläge zu machen. Otto Puschner, Apolda.

Alters- und Invalidenunterstützung

In überaus erfreulicher Weise haben bis Nr. 20 bereits zwei Duzend Kollegen zur geplanten „Invaliden“-Versicherung ihre Meinung dargelegt. Zusammenfassend kann man wohl sagen, daß der Vorstand in der Abfassung des Entwurfs eine nicht weitgehende Übereinstimmung mit der Majorität der in f a c t e n Mitglieder erzielt hat. Dankbar muß daher anerkannt werden, daß trotz der meist kritischen Bemerkungen der betr. Kollegen eine ganz neutrale Veröffentlichung erfolgt ist. Abgesehen von zwei Kollegen, der eine in Remscheid, der andere in Kiel, haben 18 Kollegen Kritik an dem Entwurf geübt. Die Ansicht des Kollegen Leopold, wie sie eingangs seiner sonst recht guten Kritik zu lesen, ist in der Hinsicht bisher doch allein geblieben. Es ist nicht unerwartet, wie die Einrichtung heißt. Bleibt der Vorstandsentwurf in seiner jetzigen Fassung, dann dürfte die Meinung des Kollegen sich bald als Irrtum erweisen. Ich behaupte, daß die Einzelheiten der Vorlage des Vorstandes nicht so weitgehend, im allgemeinen Befriedigung ausgelöst haben werden. Nur Kollege Lüttich, Halle, findet Grund zur scharfen Ablehnung der geplanten Versicherung. Es muß ihm entgegengehalten werden, daß der „Staat“ sich wohl kaum irgendwie beeinflussen läßt, solange er nicht eine tatsächliche sozialistische Mehrheit darstellt, in der Aufbesserung der Kleinrentnerbezüge ein Erhebliches mehr zu leisten. Gaben wir aber eine weit bessere Rentenbezüge aufzuweisen, dann kann mit entschiedener Berechtigung von uns eine Aufbesserung der staatlichen Bezüge gefordert werden. Und das wird geschehen!

Ein dresdener Kollege fordert zuerst eine Erhöhung der Streikunterstützung. Man kann diesen Wunsch verstehen, er hat Berechtigung, aber nur dann, wenn wir eine andere Lohnanspruchregelung haben als heute, wo der Arbeitsminister jeden Lohnkampf nach seinem Belieben abwürgen kann. Im übrigen steht die Alters- und Invalidenunterstützung zur Erörterung, nicht eine Streikunterstützung. Aber letztere kann immer an anderer Stelle geredet werden.

Weitere sieben Kollegen haben ganz entschieden einer Alters- und Invalidenunterstützung das Wort. Ebenfalls ist die Mehrzahl nicht für die Einrichtung einer Alters- und Invalidenversicherung. Das möge der Vorstand weitgehendst berücksichtigen. Mehrere Kollegen wünschen eine Ausdehnung der Versicherung auf die Hinterbliebenen, vor allem auf die Frauen. Dem kann ich mich wohl anschließen, aber es bedingt noch höhere Beiträge. Für die Gesamtmitgliedschaft wird das nicht so wichtig sein wie die Alters- und Invalidenversicherung.

Zusammenfassend rufe ich dem Vorstand und vor allem den Abgeordneten des Verbandstages zu: Schafft eine Alters- und Invalidenversicherung, die die Mängel des ersten Entwurfs beseitigt. Hermann Drauer, Kiel.

Da mit der Nr. 22 der Zeitung die Aussprache über die Versicherung geschlossen werden soll, so will ich noch an eins erinnern, was bis jetzt nicht erwähnt wurde. Die Zuschriften enthalten meist Vorschläge, die sich mit den Übergangsbestimmungen befassen und wie den alten Kollegen Rechnung getragen werden soll. Die Vorschläge sind verschiedener Art, aber in allen ist das Eintrittsjahr zugrunde gelegt. Die Kassierer, die täglich bei Unterstützungsfragen die Beiträge der Kollegen aufzurechnen haben, werden dabei festsstellen, daß in der Vorlage des Vorstandes sowie in den Zuschriften Härten liegen, auf die hiermit aufmerksam gemacht werden soll. Zum Beispiel:

Der Kollege A. ist 1901 dem Verband beigetreten, durch vorzeitige Umstände war er beitragsfrei und hat am Ende des jetzigen Jahres 1124 Beiträge geleistet, nach Leistung von weiteren 156 Beiträgen = 1280. Bei eintretender Invalidität hat der Kollege Anspruch auf 30 \mathcal{M} Monatsrente. — Der Kollege B. ist 1905 eingetreten, er hat immer volle Beiträge geleistet und hat am Ende des jetzigen Jahres 1194 Beiträge. Nach Leistung von weiteren 208 Beiträgen = 1404 und eintretender Invalidität stehen diesem Kollegen aber nur 20 \mathcal{M} Rente zu, und er muß noch 16 Jahre leben und hat dann 236 Beiträge geleistet, bis auch er 30 \mathcal{M} Rente bekommen kann.

Es ist aus diesem Beispiel zu ersehen, daß in der Vorlage und in den Vorschlägen Härten liegen, die nicht Gesetz werden dürfen. Es wäre richtig, wenn man die geleisteten Beiträge in Rechnung stellt und nicht das Eintrittsjahr. Hermann Zinjer, Speyer.

Zu unserer Invaliden- oder Altersversicherung kurz folgendes: Nach meinem Dafürhalten ist die Hauptsache, daß wir erst einmal zu dieser Unterstützungsart kommen. Daß dabei für die Kollegen das Beste herausgeholt werden muß, wird wohl jedem verständlich sein. Änderungen und Verbesserungen können auf den folgenden Verbandstagen immer wieder vorgenommen werden. Ich meine also, überlassen wir Einzelheiten der Sache dem kommenden Verbandstage. Es soll nun nicht gesagt sein, daß Anträge, Ratsschlüsse und die Kritik aufhören sollen, o mein Kritik soll sogar gesund sein, das verteidige ich. Aber was ich nicht verteidige, ist, daß Kollegen gegen die ganze Einrichtung Sturm laufen, um das noch nicht einmal Gebotene überhaupt nicht zum Leben kommen zu lassen. Nicht aus innerer Überzeugung, das macht nur niemand weiß, sondern auf höheren Befehl.

Kollegen, sollte euch das tatsächlich gelingen, was im Interesse aller nicht zu wünschen ist, so möchte ich euch erlösen, mindestens dann so hilfsbereit zu sein, zu beantragen daß der Verband Mittel bereit stellt, um unsere alten, vom Kapital verbrauchten Kollegen in Sibirien anzusiedeln... S. Senz, Heidelberg.

Um den älteren Kollegen die Möglichkeit zu geben, aus der geplanten Invalidenversicherung Rente zu beziehen, ehe sie deren nicht mehr bedürfen, das heißt ehe sie gestorben sind, mache ich den Vorschlag, den älteren Kollegen zu gestatten, mehrere Marken in der Höhe zu nehmen, um die Wartezeit abzutragen. Es ist wohl anzunehmen, daß durch diese Bestimmung dem Rezerdefonds bedeutende Mittel zufließen und die älteren Kollegen in die Lage kommen, durch höhere Beiträge den Segen dieser Unterstützung noch zu genießen. Auch dem Vorschlag des Kollegen A. Hampel in Nr. 15 unserer Zeitung, der hinterbliebenen Frau eine kleine Rente da u e r u d z u gewähren, stimme ich freudig zu. S. Glume, Braunschweig.

Anträge zum Verbandstag in Karlsruhe

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S.-A. 624-11, 624-12, 624-13

Mit Sonntag dem 10. Juni ist der 24. Wochenbeleg für die Zeit vom 10. bis 16. Juni 1925 fertig.

Die Erhebung von Extrabeträgen wird nach § 8 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Beginn der Erhebung
	I	II	III	IV	
Wärzen	90	90	15	—	27. Woche

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Gekohlen wurden:
 Mitgliedsbuch Nr. 4.489.188, lautend auf den Schloffer Georg Sibel, geb. am 27. September 1880 zu Gerolstein. (Frankenthal.)
 Mitgliedsbuch Nr. 2.884.060, lautend auf den Maschinenformer Philipp Kirch, geb. am 12. Juli 1877 zu Glommersheim. (Frankenthal.)
 Emligtort, Kiste, Straße 16. Der Vorstandsvorsitz.

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzubalten.

von Klempnern nach Holland St.;
 von Waagenjustierern nach Olshag (Olshager Waagenfabrik Otto Veltig) St.
 v = Lohnbewegung; D = Differenzen; v St = Streit in Sicht.
 St = Streit; W = Waageleistung; Mi = Mithände; A = Ausfertigung
 Anträge auf Versagung von Sperrern müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.
 Arbeitsuche Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gelistet ist, Geltendmachung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuhaken. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Die Eisene Internationale in London

Der erweiterte Vorstand (Zentralkomitee) des Internationalen Metallarbeiterbundes trat am 28. Mai in London zusammen, um über wichtige Organisationsfragen zu beraten. Im Vordergrund stand die Erörterung des Artikels 9 der Bundesatzung, der die Stellung von Sonderbeiträgen im Falle angegebener Lohnkämpfe vorsieht. Die britischen Verbände glauben die Erfüllung dieser Bestimmung nicht zuzulassen, weil sie durch die großen Kämpfe, Arbeitslosigkeit und andere Dinge gelöst zu sehr geschwächt seien. Dies führten die britischen Kollegen schon auf dem internationalen Kongress von Paris an und sie haben es jetzt wieder getan. Aufschluß dieses Vorstands wurde, wenn der kurze Bericht aus London nicht täuscht, nun beschlossen, den Sonderbeitrag nur von den Verbänden zu erheben, die den Artikel 9 ausdrücklich bekräftigen, und das sind fast alle Verbände des Internationalen Bundes. Ferner wurde der Antrag des italienischen Metallarbeiterverbandes, die durch das schiffschiff Regiment nach Paris vertrieben worden ist, auf zwei Jahre je 3000 Franken bewilligt. Außerdem wurde die Frage des Washingtoner Abkommens (gesetzlicher Achtstundentag) behandelt.

Jubiläumfeier in Landsberg am Lech

Am 19. Mai ehrte unsere Ortsverwaltung des kleinen Städtchens Landsberg a. Lech ihre beiden ältesten Mitglieder, die Kollegen Ulrich Wörle und Josef Arnold. Die Begrüßungsansprache hielt der Bevollmächtigte Kollege Karl Heider. Er gab einen kurzen Rückblick über die Entwicklung unserer Organisation. Bereits im Jahre 1893 waren es einige beherzte Männer, die in Landsberg eine Gruppe des DMB gründeten. Leider ging sie bald wieder ein, da die einzige am Ort bestehende Metallwerkstatt ihre Pforten schloß. Im Jahre 1906 wurde der Versuch wiederholt, diesmal mit dauerndem Erfolg. Von dem soliden Stamm der landsberger Metallarbeiter zeugt die Anzahl, daß während der 22 Jahre nur fünf Bevollmächtigte tätig waren. Allerdings mußte der Jubilär Ulrich Wörle während des Krieges den Posten des Bevollmächtigten, Kassier, Schriftführer und Revisor allein belegen. Beide Jubiläre haben immer ihre Überzeugung als höchstes Gut angesehen. Ihnen gehörte besonderer Dank. Der Feiern der Abende, Bezirksleiter Kollege M. Heide, mahnte am Schluß, der Allen und auch ihrer Frauen bei in Landsberg zu gedenken; denn wenn sie nicht unserer Sache treu gewesen wären, wäre wohl mancher in keiner Weise zum Verbandsabend gekommen. Auch den beiden Jubilären blieb die Veranstaltung noch lange bei gediegener Unterhaltung beisammen.

Theodor Müller †

Am 20. Mai starb nach langer Krankheit der Begründer unserer Bevollmächtigte in Effen, der Feiernhaber Theodor Müller. Im Jahre 1881 in Heuzel a. d. Elbe geboren, wurde er im Jahre 1892 nach Effen versetzt, wo er als Feiernhaberlehrling bei Krupp eintrat. In diesem Betrieb hat er 11 Jahre für die Gewerkschaft und den Sozialismus gewirkt. Schon während des Sozialkrieges übte er für den Arbeiterbildungsverein und dem Hauptverein der Feiernhaber am 18. 1891 der Gründung des Metallarbeiterverbandes gelegen wurde, war Theodor Müller derjenige, der in Effen die Verbindung in die Hand nahm. Seit der Gründung war er in Effen ehrenamtlicher Bevollmächtigter und Kassier.
 Die Kollegen haben ihn stets als einen edelbesessenen und anständigen Menschen kennengelernt. Wenn die Fäden liefen, war er der erste, der zu seinen alten Tagen versuchte er nie eine Kränkungs- bis diese Kräfte ihn verließen und ihn auf ein krankes Krankenbett warfen. Als im vergangenen Jahre der Bevollmächtigte Effen ihre Jubiläum feierte, war es Theodor Müller, der im Namen der Jubiläre der Ortsverwaltung und den Mitgliedern den Dank schenkte und die übrigen Kollegen zum Treuen Ansehen einmahnte. Der Tod hat nun die erfolgreiche Lebensarbeit des alten Kampfers beendet. Die Arbeiterbewegung, insbesondere die Metallarbeiter, betrauert in dem Verluste einen alten Führer und Wegweiser. Wenn auch die Geschichte der Efferer Arbeiterbewegung geschrieben wird, so wird der Name Theodor Müller an würdiger Stelle stehen.

Das Radio bei der amerikanischen Arbeiterbewegung

Die dem Reichs-Erziehungs-Rat gehörige Radiostation WDR ist als einzige von allen Radiostationen der Vereinigten Staaten bei den Dampf der 1. Mai gefeiert. Die meisten Arbeiter- und Arbeitervereine sind vertrieben. Aufsehen von A. Karlin, einem berühmten Arbeiterführer, über den internationalen Kampf der Arbeiter und von Radio über den Sozialismus als internationale Bewegung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung

7. Frauenarbeit (Glückarbeit)

Berlin. Den weiblichen Mitgliedern wird neben der Metallarbeiter-Zeitung die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ kostenlos zugestellt. Berlin. Der Verbandstag beschließt: 1. In jedem Jahre werden besondere Bildungskurse für die weiblichen Mitglieder veranstaltet. 2. Um die Tätigkeit für die weiblichen Mitglieder auf eine einheitliche Grundlage zu stellen und um der Verteilung der besonderen sozialen Forderungen der Arbeiterinnen die größte Förderung angeben zu lassen, wird ein zentrales Frauensekretariat geschaffen. Dieses muß von einer Sekretarin geleitet werden. 3. Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ ist den weiblichen Mitgliedern wieder unentgeltlich zu liefern, eventuell unter Begleitung der Metallarbeiter-Zeitung. Im letzteren Falle erhalten die weiblichen Mitglieder die in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten Vorstandsbeschlüsse auf einem besonderen Blatt ausgehändigt.

8. Jugend- und Lehrlingsfragen

Berlin. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, bei den maßgebenden Stellen nachsichende Forderungen zu erheben: 1. Erhöhung des Schulalters für Jugendliche auf 18 Jahre. 2. Verbot der Nachtarbeit Jugendlichen. 3. Tägliche Höchstarbeitszeit von acht Stunden einschließlich Fortbildungsschulzeit. 4. Ein jährlicher Urlaub von drei Wochen für 14- bis 16jährige und von zwei Wochen für 16- bis 18jährige unter Weiterzahlung des Lohnes. 5. Frühruhe vor Sonn- und Feiertagen.

Berlin. Im Interesse der gewerkschaftlichen Jugendarbeit des DMB ist es notwendig, daß jeweils anlässlich des Stattfindens der Verbandstage eine vom Vorstand einuberufende Konferenz zur Besprechung von Jugendfragen stattfindet. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand mit den entsprechenden Vorarbeiten.

Berlin. Der Vorstand wird beauftragt, bei den Reichs- und Staatsbehörden dafür einzutreten, daß aus den Schwerkraften alle die Realisationsfreiheit einschränkende Bestimmungen entfernt werden, da diese im Widerspruch mit Artikel 159 der Reichsverfassung stehen. Ferner wird den Verwaltungsstellen zum Ausbau der Jugendabteilungen nicht nur in materieller, sondern auch in finanzieller Hinsicht einen jährlichen Zuschuß je nach der Stärke der Jugendabteilungen zur Verfügung zu stellen.

Halle a. S., Sempelpark-Str. 12, König-Berlin, Fiedl-Hamburg. Der Verbandstag des DMB fordert alle Mitglieder des DMB auf, den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen sowie den Lehrlingen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Mit dem Wachsen der Bedeutung der Jugendarbeit im rationalisierten kapitalistischen Betrieb wächst auch gleichzeitig die Bedeutung der jugendlichen Arbeiter in den Wirtschaftskämpfen. Die Streiks in der Metallindustrie in letzter Zeit zeigen das zur Genüge. Gleichzeitig macht sich mit dem Steigen der Bedeutung der jugendlichen Arbeiter im Wirtschaftsleben eine stärkere Beteiligung der Jugendlichen an den Kämpfen der Erwachsenen bemerkbar.

Es ist Aufgabe des DMB, der Bedeutung der Jugendlichen im Wirtschaftsleben gerecht zu werden, das wachsende Klassenbewusstsein, den Kampfswillen zu stärken und den Aufgaben und Forderungen der jugendlichen Arbeiter mehr Beachtung als bisher zu schenken. Der Verband muß eine verstärkte Arbeit

1. zur reiflichen Organisierung aller jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge der Metallindustrie im DMB durchführen;
 2. den Kampf für das Streikrecht der Lehrlinge gegen die individuellen Schwerkraften, für die Einbeziehung der Lehrlinge in die Kollektivverträge aufnehmen.

Das ist nur möglich, wenn die Jungarbeiter und Lehrlinge in alle Kämpfe der erwachsenen Arbeiterklasse einbezogen werden und der Verband dabei praktisch den jugendlichen Arbeitern zeigt, daß ihre Organisierung in erster Linie zum Zweck der Führung des Kampfes um ihre eigenen Jugendforderungen notwendig ist. Die erwachsenen Arbeiter und auch die Eltern der Lehrlinge sind über die Notwendigkeit der Einbeziehung der Lehrlinge in die gemeinsame Kampffront der Arbeiterklasse vom Verband aufzuklären.

Allgemein ist zur Vorbereitung der Einbeziehung der jugendlichen Arbeiter in die kommenden Wirtschaftskämpfe und zur Vertretung der Interessen und Forderungen der Jungarbeiter durch den Verband notwendig, daß bei allen Tarifabschlüssen stets und ständig die Forderungen der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in weitestem Maße berücksichtigt werden. Zum Kampfe gegen die Gefahr der Ausnutzung der jugendlichen Arbeiter als Streikbrecher und Lohnbrüder ist in Verbindung mit Vorgesetzten insbesondere notwendig, daß der Verband für die Anpassung der Löhne der jugendlichen Arbeiter an die der Erwachsenen und für die Verringerung der Lohnstrafungen der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge eintritt.

Zur reiflichen Organisierung der jugendlichen Arbeiter kann die beste Vorbereitung im Betrieb gescheit werden. Es ist daher notwendig, daß alle Ortsverwaltungen des DMB planmäßig Betriebskomitees schaffen, in denen jeder Betrieb bearbeitet wird. Das Jugendsekretariat der Verbandsleitung wird verpflichtet, für die Agitation im Betrieb besondere Werbemaßnahmen und Flugblätter herauszugeben.

In allen Betrieben müssen die Werberberatungen unter den Jugendlichen gleichzeitig mit der Wahl von gewerkschaftlichen Jugendvertrauensleuten verbunden werden, um so von Seiten des Verbandes stets eine enge Verbindung mit den Jugendlichen in den Betrieben zu haben.

In der Frage der Berufsausbildung der Jugendlichen stellt sich der Verbandstag des DMB auf den Standpunkt, daß es unter den heutigen Verhältnissen kein zweites Mal die Aufgabe der Gewerkschaften sein darf, die mangelnde Berufsausbildung der Unternehmern zu ersetzen. Die Frage der Berufsausbildung muß vom Standpunkt des Klassenkampfes und der Vertretung der Interessen der Jugend behandelt werden. Der Verbandstag wendet sich gegen den Entwurf für ein Berufsausbildungs-gesetz und lehnt dieses Gesetz ab, da es absolut nicht den Forderungen der Arbeiterklasse entspricht.

Der DMB fordert die Schaffung von Betriebschulen in den Betrieben (Schwerkraften und praktische Schulung im Produktionsprozess), wo die theoretische und praktische Schulung in enger Verbindung mit der Produktion erfolgt unter Kontrolle der Gewerkschaften bei tariflicher Entlohnung.

Wochenlohn. Der Verbandstag wolle beschließen, innerhalb des Verbands-Berufsausbildungsvereines abzuhalten auf Kosten der Hauptstelle mindestens alljährlich eine

Schule. Der Vorstand wird beauftragt, dahin zu wirken, daß die Grundzüge des Berufsausbildungs-gesetzes die tarifliche Regelung des Lehrlingslohnes sind, in dem alle der Lehrlinge betreffenden Fragen geregelt sein müssen. Des weitern sind Lehrlings-schulen und Ausbildungsvereine zu schaffen.

Im Arbeitsvertrag muß für die Lehrlinge und Jugendlichen unter 16 Jahren eine Höchstarbeitszeit von sechs Stunden täglich für diejenigen von 16 bis 18 Jahren sieben Stunden täglich festgelegt werden.

Lehrlings. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, daß er in Verbindung mit dem Vorstand des DMB eine gesetzliche Regelung der Lehrlingsfragen anstrebt. In mittleren und Großbetrieben sind Schwerkraften einzuführen. Die Lehrlingszahl muß in allen Betrieben mit den beschäftigten Stellen in Einklang stehen.

Stuttgart. Der Verbandstag fordert: 1. Reifliche Organisierung aller jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge der Metallindustrie im DMB.

2. Errichtung von Jugendkassen in den einzelnen Ortsverwaltungen des Verbandes sowie Abhaltung von besonderen Betriebsversammlungen für Jugendliche und Lehrlinge.
 3. Schaffung von Jugendvertrauensleuten in den Betrieben und monatliche Zusammenkünfte derselben zu Bildungszwecken.
 4. Beteiligung der individuellen Schwerkraften und Einbeziehung der Lehrlinge in den Kollektivvertrag.
 5. Vertretungsrecht der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in den Ortsverwaltungen.
 6. Kampf für das Streikrecht der Lehrlinge.

Durch diese Maßnahmen wird das Bewußtsein der gewerkschaftlich organisierten jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge gehärtet und das Vertrauen zur Gewerkschaftsorganisation gesteigert. Stuttgart. Der Verbandstag wendet sich mit Entschiedenheit gegen den vorliegenden Entwurf zum Berufsausbildungs-gesetz, der in keiner Weise den Forderungen der Gewerkschaften entspricht und beauftragt den Vorstand, den Kampf gegen diesen Entwurf mit aller Härte zu führen.

Wiltshausen-Nüßlingen. Der Jugendarbeit in unserm Verbande ist seitens der Bezirke mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Es sind Bezirksjugendgruppen zu bilden, um die Jugendarbeit in den kleineren Verwaltungen zu stärken und zu fördern.

König-Berlin. Der Verbandstag beschließt: Alle bestehenden Verbindungen des DMB zum Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände werden sofort gelöst.
 Im Bundesauschuß des DMB ist ebenfalls auf die Lösung der Verbindung mit dem Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände hinzuwirken.

Weyrauch-Saarbrücken. Jedem ordentlichen Verbandstag des DMB hat eine Konferenz der Jugendleiter vorauszugehen. Die Wahl der Jugendleiter zu dieser Tagung erfolgt durch die zuständigen Bezirksleitungen.

9. Metallarbeiter-Zeitung und Metallarbeiter-Jugend

Halle a. S., Remscheid, Solingen, König-Berlin, Richter-Dresden, Witt-Hamburg. Der Verbandstag beschließt: Die Metallarbeiter-Zeitung hat in verstärkter Maße zur Erziehung der Jugendlichen zum Gewerkschaftler und Klassenkämpfer beizutragen. Besonders notwendig ist es, die Jugendlichen über ihre Aufgaben bei den Wirtschaftskämpfen zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum aufzuklären und sie mit all den Fragen vertraut zu machen, die sie für den Kampf um Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen brauchen. Die Metallarbeiter-Zeitung hat bisher in dieser Aufklärungsarbeit versagt.

Auch muß jedem Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden, an der Ausgestaltung der Metallarbeiter-Zeitung mitzuwirken, und schadet seiner politischen Einstellung.

Eine einseitige Beeinflussung der Mitgliedschaft durch die Metallarbeiter-Zeitung, wie es in der Schreibweise gegen den kommunistischen Jugendverband bisher geschah, hat zu unterbleiben. Delmenhorst. Die Metallarbeiter-Zeitung ist so zu schreiben, daß künftig möglichst alle Fremdwörter unterbleiben. Delmenhorst, Osnabrück, König-Hannover. Die Reklameannoncen privatrechtlicher Natur sind in der Metallarbeiter-Zeitung nicht mehr aufzunehmen.

Grüna. Der Verbandstag wolle sich anderer Auffassung entschließen. In Nr. 15 der Metallarbeiter-Zeitung wird offen zur Wahl der Sozialdemokratischen Partei am 20. Mai aufgefordert. Wir protestieren als Generalversammlung der Arbeiterklasse dagegen, daß der DMB eine solche Propaganda auf diese Art veröffentlicht und somit eine einseitige Stellungnahme zum Kandidat formuliert. Wir erwarten von der Redaktionsleitung Abstellung dieser einseitigen Propaganda. In anderen Fällen werden wir uns Mittel und Wege suchen, um die Mitglieder vor derartigen Beeinflussungen zu schützen.

Königsberg. Der Verbandstag verurteilt auf scharfste die einseitige und gehässige Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung. Da innerhalb des Verbandes nicht nur Sozialdemokraten organisiert sind, sondern auch politisch andersdenkende und indifferente Arbeiter, ist es nicht angängig, die Zeitung zum Sprachrohr einer politischen Partei zu machen.

Baselwald. Die Schreibweise des Verbandsorgans und der Betriebsräte-Zeitung sind nur auf gewerkschaftlichen Boden einzustellen. Schwabnitz. Der Verbandstag möge beschließen, daß unter Verbandsorgan dieselbe neutrale Stellung in politischer Beziehung einnimmt, wie man sie von den kommunistischen Funktionären verlangt.

Stillingen. Gegen die einseitige Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung erhebt der Verbandstag den schärfsten Protest.
Kuppertschlag-Martinsberg. Der Verbandstag wolle beschließen, in Zukunft Kollegen, die Mitglieder des Verbandes sind und den Parteien (SPD und KPD) angehören und Reichstagsmandate ausüben, als Mitarbeiter der Metallarbeiter-Zeitung heranzuziehen.

Sozialgesetzgebung

Berlin. Entschließung zum Arbeitsgerichts-gesetz. Das am 1. Juli 1927 in Kraft getretene Arbeitsgerichts-gesetz enthält noch die Bestimmung, daß Lehrlinge, die in einem Innungsbetrieb in der Lehre sind, Klagen aus dem Lehrlingsverhältnis vor dem Innungs-ausschuß austragen müssen.

Gegen diese Bestimmung im IAG erhebt der Verbandstag den schärfsten Einspruch und fordert den Vorstand auf, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß durch eine entsprechende Änderung des Gesetzes diese Bestimmung aufgehoben wird.

Karlsruhe a. N. Der Verbandstag in Karlsruhe erneuert seine Forderungen und Bekenntnisse der früheren Verbandstage und Gewerkschaftskongresse, den Ausbau, die Erweiterung und Vertiefung der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts betreffend.

Freiburg (Schl.). Der Verbandstag in Karlsruhe beauftragt den Vorstand, dahin zu wirken, daß die Vertretung der Invaliden und Altersrentner vom Staat eine bessere wird und das Alter, 65 Jahre, wesentlich herabgesetzt wird. Es ist Aufgabe der Volkspartei, eine freiwillige Vertretung zu schaffen, aus der die Arbeiter im Alter und bei Invalidität unterstützt werden.

Geleitungen. Der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird beauftragt, die Urlaubsfrage auf reichsgesetzlicher Grundlage zu regeln in der Form, daß nicht wie bisher die Urlaubsregelung von der Beschäftigungsbauer auf einem Wert abhängig gemacht wird, sondern das Alter bestimmend sein muß ganz gleich, wo der betreffende Arbeiter beschäftigt ist. Nach der heutigen Urlaubsregelung ist der Arbeiter, der seine Arbeitszeit wechelt, der Benachteiligte, da er immer wieder bei jedem Wechsel mit dem niedrigsten Urlaub anfangen muß.

Hagen. Der Verbandstag fordert die Vereinigung der Invaliden- und Angestelltenversicherung, Herabsetzung der Altersgrenze auf 50 Jahre, Anerkennung der Erwerbsunfähigkeit bei 50 oder Erwerbsunfähigkeit, Erhöhung der Renten, Ausbannung der Rente durch die Unternehmer und Erweiterung der Rechte der Rentner auf die Verwaltungskörper. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, in Gemeinschaft mit dem DMB der SPD und der KPD alle Vorbereitungen zu treffen, um diese Forderungen durchzusetzen. Die Mitglieder verpflichten sich, mit allen Kräften der Verbandsleitung in diesem Kampfe zu unterstützen.

Halle a. S., Solingen, Heilert, Buchholz u. Gen.-Elbing, Brummer-Karlsruhe, Kuppertschlag-Martinsberg. Innnegemäß wie Halle und Solingen, nur der Zeit etwas umgekehrt. Grüna, Jungsberg, Witt, Beder u. Gen.-Ebnenburg (Schl.), Schaaf-Dresden. Der Verbandstag fordert die sofortige Umgestaltung der Sozialversicherung nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Vereinigung der Invaliden- und Angestelltenversicherung zu einer einheitlichen Invalidenfürsorge.

- 2. Gerabiegung der Altersgrenze, sowohl in der Invaliden-, Anstellern- und Knappschaftsversicherung auf das 50. Lebensjahr.
- 3. Anerkennung der Erwerbsunfähigkeit bei 50prozentiger Gerabiegung der Erwerbsfähigkeit. Auszahlung einer Teilrente für jene, die weniger als 50 % in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind.
- 4. Gewährung von Witwenrente für jede Witwe eines Versicherten beim Tode ihres Ehemannes.
- 5. Erhöhung der Rente aus der Invalidenversicherung durch Erhöhung des Reichszuschusses für die Invalidenrente von 72 auf 812 M jährlich, für die Witwenrente von 72 auf 812 M, für die Witwenrente von 36 auf 156 M, Erhöhung des Grundbetrages von 168 auf 288 M.
- 6. Aufbringung der Mittel durch die Unternehmer nach dem Prinzip der Unfallversicherung.
- 7. Ausbau und Erweiterung der Rechte der Versicherten in den Verwaltungskörpern.

Der Verbandstag verpflichtet die Mitglieder des Verbandes, alle Kräfte für die Durchführung dieser Forderungen einzusetzen, insbesondere verpflichtet er die Reichstagsabgeordneten, die Mitglieder des Verbandes sind, im Reichstag sich für diese Forderungen einzusetzen. Von der sozialdemokratischen, wie von der kommunistischen Partei erwartet der Verbandstag, daß sie diese Forderungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften im Parlament, sowie außerhalb des Parlamentes unterstützen. Der Vorstand wird beauftragt, zur Mobilisierung aller Kräfte mit beiden Parteien dieserhalb in Verhandlungen zu treten. Der Verbandstag fordert vom DGB alle Schritte zu unternehmen, um diese Forderungen zu verwirklichen.

Der Verbandstag ist sich bewußt, daß nur durch den Druck der organisierten Arbeiterklasse es möglich ist, diese Forderungen durchzusetzen. Er ist sich ebenso bewußt, daß diese Forderungen erreicht werden können, wenn alle Kräfte des organisierten Proletariats dafür eingesetzt werden.

Leipzig. Der Verbandstag beschließt, der Bundesvorstand des DGB wird beauftragt:

- 1. Einen Gesuchentwurf einzureichen, welcher als Höchstarbeitszeit die 44 Stundenwoche festlegt.
- 2. Einen Änderungsantrag zur Stilllegungsverordnung dahingehend zu stellen, daß Entlassungen erst nach Verlängerung der Arbeitszeit auf 32 Stunden wöchentlich und mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung zulässig sind. Den Arbeitern, welche bei verkürzter Arbeitszeit das Arbeitsverhältnis selbst lösen, ist vom ersten Tage an die volle Erwerbslosenunterstützung zu zahlen.
- 3. Zu beantragen, daß der § 110 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gestrichen und die Erwerbslosenunterstützung allen Erwerbslosen vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit an gewährt wird.

Neufeldwig. 1. Der Vorstand wird beauftragt, sich für eine Gerabiegung der Altersgrenze in der Invaliden- und Altersversicherung und für eine alsbaldige wesentliche Erhöhung der Reichsinvalidenrente einzusetzen.

2. Vorstand und Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund haben dafür einzutreten, daß eine Abänderung des Arbeitsnachweisgesetzes dahingehend Platz greift, die den Arbeitgebern den Einstellungs- und Benutzungsdruck aufzulegen.

3. Der Vorstand wolle einen Gesuchentwurf ausarbeiten und denselben unverzüglich den politischen Parteien zuführen, der eine reichsgesetzliche Regelung der Ferien für alle Arbeitnehmer bringt.

Stettin. Der Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beauftragt den Vorstand, beim DGB darauf hinzuwirken, daß beim Zusammentritt des neugewählten Reichstages unverzüglich Schritte unternommen werden zur Abänderung des Betriebsratsgesetzes. Die Abänderung soll in der Weise erfolgen, daß

- 1. den Betriebsräten bei der Durchführung der Produktion ein positives Mitbestimmungsrecht gegeben wird und daß
- 2. weitestgehende Bestimmungen über Anstalts- und Kontrollrecht bei betriebswirtschaftlichen Anordnungen der Werkleitungen festgelegt werden.

Willingen. Der Verbandstag erklärt: Der Kampf gegen das Erwerbslosenversicherungsgesetz muß planmäßig organisiert und durchgeführt werden, mit dem Ziele:

- 1. für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit wird Arbeitslosenunterstützung bezahlt,
- 2. für Aufbringung der Mittel hat der Staat oder der Unternehmer aufzukommen.

Die Einführung der Erwerbslosenversicherung im Saargebiet muß daher auf das entschiedenste bekämpft werden.

Byer-Danzig. Der Verbandstag richtet an den DGB und an alle Parlamentarier in den Gemeinden sowie in den Regierungen das Ersuchen, mit aller Macht sich dafür einzusetzen, daß die staatliche Invalidenunterstützung um 50 % erhöht wird, ohne die jetzt bestehenden Beiträge zur Versicherung zu erhöhen.

Schmidt-Walshut. Der Verbandstag verpflichtet sich, alle inner- und außenparlamentarischen Kräfte einzusetzen, um den Invaliden- und Altersrentnern eine dem Existenzminimum entsprechende Unterstützung zu verschaffen.

Rußlandsdelegation

Eupl. Der Verbandstag erkennt, daß die gegenwärtige Krise keine vorübergehende, sondern eine dauernde Erscheinung ist, nicht nur national, sondern international. Zur Abwehr der Kapitaloffensive ist notwendig die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit national und international. Der Vorstand wird daher beauftragt, für die Aufnahme des russischen Metallarbeiter-Verbandes und der von Metallarbeiterorganisationen in den übrigen Ländern in den DGB einzutreten, indem er den stärksten Druck auf den DGB und IGB ausübt. Um diesen Druck zu verstärken, ist notwendig, die Lage der russischen Arbeiterklasse zu kennen. Der Verbandstag beschließt deshalb, eine Delegation des Metallarbeiter-Verbandes zum Studium der Wirtschaftsverhältnisse in Rußland zu entsenden. Die Delegation soll möglichst aus allen Metallberufen zusammengesetzt sein.

Willingen. Da die deutsch Arbeiterklasse ein sehr großes Interesse daran hat, objektiv zu wissen, wie es in Rußland aussieht, wird der Verbandstag ersucht, eine offizielle Gewerkschaftsdelegation nach Rußland zu entsenden.

Gleichzeitig erklärt der Verbandstag, daß die freien Gewerkschaften die russischen Gewerkschaften aufordern mögen, eine russische Delegation nach Deutschland zu entsenden.

Sonstige Anträge zu Punkt 2 der Tagesordnung

Essen. Die letzte Bewegung der Hüttenarbeiter Ende des Jahres 1927 zeigt, wie notwendig es ist, die Kämpfe der Metallarbeiter auf einer wichtigen, im Interesse der Arbeiter liegenden Basis zu führen. Es ist deshalb notwendig, daß der Vorstand dahin wirkt, die jetzigen drei Bezirke Essen, Köln und Hagen zu einem Tarifgebiet zu vereinigen.

Hagen. 1. Der Verbandstag möge beschließen: Ablehnung jeden Tarifs, der nicht den reinen Achtstundentag garantiert.
2. Bei Arbeitseinstellung (Streiks) ist die Bezirksleitung verpflichtet zu prüfen, ob die Gefahr besteht, daß bei Weiterarbeit nicht am Streik beteiligter Gruppen von Arbeitern Vorwand für Streikbrecherdienste geleistet wird. Im gegebenen Fall hat der Vorstand den Streik für diese Gruppen sofort zu genehmigen. Die Arbeit wird als Streikarbeit erklärt.

Köln. 1. Der Verbandstag wolle beschließen, die Kosten für zentrale Verhandlungen, Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen usw. auf die Hauptkasse zu übernehmen.
2. Mitglieder, die sich um eine Anstellung im Verband bewerben, müssen 10 Jahre Mitglied sein.

Neuwied. Der Hauptvorstand beschafft Sichtbildapparate und stellt diese den kleineren Verwaltungsstellen, besonders aber denen,

wo eine Jugendbewegung vorhanden ist, mit den dazu nötigen Bildern für Agitation und Bildungszwecke leihweise zur Verfügung.

Remscheid. Bei Lohnbewegungen ist dafür zu sorgen, daß die Lohnspanne zwischen den jugendlichen und erwachsenen Arbeitern durch stärkere Erhöhung der jugendlichen Löhne verringert wird. Es ist unter allen Umständen zu verhindern, daß die jugendlichen Arbeiter als Streikbrecher und Lohnrüder eine Rolle spielen.

Stuttgart. Der 18. Verbandstag fordert:

- 1. Restlose Durchführung des Achtstundentages oder der 45 Stundenwoche.
- 2. Für gleiche Leistung gleichen Lohn.
- 3. Für Fließ- und Handarbeit:
 - a) Ausreichende Pausen bei Fortbezahlung des Lohnes.
 - b) Abschaffung der Alfordarbeit bei voller Erhöhung der Stundenlöhne den Alfordberdiensien entsprechend.
 - c) Verbot der Überstundenarbeit.

Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, mit allen Mitteln für die Durchsetzung dieser Forderungen einzutreten.

Willingen. Seit dem letzten Verbandstag in Bremen hat der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes den Kampf gegen oppositionelle Kollegen sowie gegen oppositionelle Verwaltungen nicht aufgegeben. (Siehe Solingen, Remscheid und Mitteldeutschland.) Die Haltung des Vorstandes wird beurteilt. Der Verbandstag steht auf dem Standpunkt, daß der Wille der Mitgliedschaft respektiert werden muß. Insbesondere wird die Haltung des Vorstandes beurteilt, als er anlässlich eines mitteldeutschen Kampfes kommunistischen Parlamentariermitgliedern, die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes sind, verboten hat, in den Parlamenten Unterstützungsanträge für die ausgesperrten oder streikenden Arbeiter zu stellen.

Der Verbandstag erklärt, daß es sogar Pflicht ist, daß die Vertreter der politischen Arbeiterparteien sich bei solchen Anlässen nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb des Parlamentes rücksichtslos auf die Seite der Arbeiterklasse zu stellen haben.

Gusfelde-Remscheid. Die am 29. Januar ordnungsgemäß mit 686 zu 489 Stimmen gewählte Ortsverwaltung Remscheid, die unter nicht stichhaltigen Gründen nach siebenwöchiger Tätigkeit durch Nichtbestätigung vom Hauptvorstand abgelöst wurde, wird in ihre alten Rechte wieder eingesetzt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung

Vorstand. Der Verbandstag wolle beschließen: Der Sitz des Verbandes wird aus verkehrs- und verwaltungsmässigen Gründen von Stuttgart nach Berlin verlegt und der Vorstand beauftragt, die hierzu erforderlichen Vorarbeiten baldigst in die Wege zu leiten.

Burg. Der Verbandstag in Karlsruhe wolle die Überlegung der Hauptverwaltung von Stuttgart nach Berlin aus wirtschaftlichen und politischen Gründen beschließen.

Die Angelegenheit des Hauptbüros. Für den Fall einer Übersiedelung des Hauptbüros nach Berlin beantragen wir:

- 1. Angestellte, die aus Anlaß der Verlegung des Verbandssitzes gegen ihren Willen und im Widerspruch mit den Satzungen des Unterstützungsvereins vorzeitig außer Dienst gestellt werden sollten, müssen für den ihnen daraus erwachsenden Einkommensverlust voll entschädigt werden.
- 2. Alle Sonderlasten, die dem Unterstützungsverein sofort oder später durch die Verlegung des Verbandssitzes entstehen sollten, müssen voll vom Verband getragen werden.
- 3. Allen übersiedelnden Angestellten wird ohne Unterschied eine gleichmäßig gute und ausreichende Wohnung gewährt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung

1. Allgemein gehaltene Anträge

Machen. Der Verbandstag begrüßt die Vorlage für eine Altersversicherung im Interesse unserer alten Kollegen. Dem Wunsche vieler Kollegen entsprechend, hält er jedoch eine Verkürzung der Wartezeiten für geboten.

Der Verbandstag geht hierbei von der Erwägung aus, daß eine Entlastung der staatlichen Fürsorgepflichten gegenüber dem hilflosen Alter, durch die vorgesehene Unterstützungseinrichtung, weder beabsichtigt ist, noch einreten darf.

Er erwartet im Gegenteil schärfstes Eintreten aller maßgebenden Stellen, innerhalb der Arbeiterorganisationen, für Verbesserung aller sozialen Einrichtungen. Dies gilt insbesondere dem Ausbau der Erwerbslosenversicherung. Daneben muß eine wesentliche Gerabiegung der Altersgrenze für Invalidität und eine bedeutende Erhöhung der Invaliden- oder Altersrenten mit allen Kräften erstrebt werden. Notwendig ist, um eine Verminderung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen, daß die Invaliditätsklärung zwangsweise an ein bestimmtes Lebensalter gebunden sein muß.

Bergedorf. Den Entwurf des Vorstandes über Invalidenunterstützung betrat abzuändern, daß erwerbslosen Mitgliedern über 60 Jahre oder Invaliden, die beim Inkrafttreten der Invalidenunterstützung Mitglied des Verbandes von der Gründung bis 1902 sind, die Invalidenunterstützung mit Inkrafttreten ausgezahlt wird.

Bünde i. W. Der Verbandstag in Karlsruhe wolle beschließen, folgenden Paragraphen der Invalidenversicherung zuzufügen:

Der aus wirtschaftlichen Verhältnissen gezwungen wird, einer anderen freigewerkschaftlichen Organisation, die noch keine Invalidenversicherung hat, beizutreten, der hat das Recht, sofern er sich schon ein Recht auf Invalidenunterstützung erworben hat, durch Weiterzahlung von 30, 25 oder 20 % Beiträgen Mitglied der Invalidenversicherung zu bleiben.

Burg, Danzig, Leer, Stettin. Bei Einführung der Invalidenunterstützung ist die Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre herabzusetzen.

Chemnitz. 1. Beschließt der Verbandstag, die Invalidenunterstützung einzuführen, so ist in den Bezugsbedingungen mit aufzunehmen, daß diejenigen bezugsberechtigten Kollegen, die schon jetzt Invalide sind, ab 1. Januar 1929 die Unterstützung beziehen können, sofern sie bereit sind, die notwendigen Beiträge für eine Karenzzeit von zwei Jahren nachzuzahlen.

2. Wird vom Verbandstag die Einführung der Invalidenunterstützung beschlossen, so hat, auch wenn eine statutarische Zweidrittelmehrheit des Verbandstages erreicht wird, eine Urabstimmung unter den Mitgliedern stattzufinden.

Chemnitz. Der 18. ordentliche Verbandstag möge beschließen, bei einer Einführung der Invaliden- und Altersversicherung die Rente nach erlangter Anwartschaft a) bei Eintritt einer anerkannten Invalidität, b) wegen Alters, mit Beginn des 61. Lebensjahres an zu gewähren.

Reichenhorts-Neufeldwig. Die Einführung der Invalidenunterstützung nach Vorlage des Vorstandes wird beantragt.

Duisburg. Die am 28. April 1928 in Duisburg im Gewerkschaftshaus tagende Generalversammlung des DGB, Verwaltung Duisburg, begrüßt die Einführung der Invalidenunterstützung im Verbande, da dadurch den arbeitsunfähig gewordenen Kollegen neben der knappen staatlichen Rente ein Zufluß aus den Mitteln der Organisation und damit ein besseres Auskommen gewährleistet wird.

Die Versammlung setzt in den Verbandstag das Vertrauen, die der Vorlage anhaftenden Mängel zu erkennen und zu beheben.

Der Verbandstag verpflichtet, trotz Einführung der Invalidenversicherung im DGB, alle in Frage kommenden Funktionäre der Organisation dahin zu wirken, auf dem Gebiete der Sozialversicherung im Interesse der Arbeiterklasse Verbesserungen herbeizuführen.

Düsseldorf, Rostock, Schramberg. Über die Einführung der Invalidenunterstützung muß eine Urabstimmung vorgenommen werden.

Eilenburg. Mit Einführung der Alters- und Invalidenunterstützung im Deutschen Metallarbeiter-Verband sind für die älteren Kollegen günstigere Bezugsmöglichkeiten zu schaffen, als im Entwurf vorgesehen sind.

Kollegen, die seit Bestehen des Verbandes diesem angehören, erhalten mit Inkrafttreten der Alters- und Invalidenunterstützung vom ersten Tage an die Hälfte des Höchstbetrages ihrer Beitragsklasse. Nach Zahlung von 52 Beiträgen, zusätzlich Versicherungsbeitrag, steigt der Unterstützungsbeitrag auf drei Viertel, und nach Zahlung von weiteren 52 Beiträgen auf den vollen Satz ihrer Beitragsklasse.

Bezugsmöglichkeiten sind Vergünstigungen für die Kollegen zu schaffen, die vor dem Jahre 1901 dem Verbande beigetreten und heute schon Invalide sind. Der Betrag und Höhe der Unterstützung dieser Kollegen ist fernerhin genau so zu regeln, wie bei den Kollegen, die seit Bestehen des Verbandes Mitglieder sind.

Essen. Mitgliedern, die am 1. Januar 1929 60 Jahre alt sind, wird bei doppelter Beitragsleistung nach Zahlung von 260 Beiträgen eine monatliche Rente von 10 M gewährt.

Frankfurt. Den Kollegen, die seit 1891 dem Verbande angehören, ist nach Zahlung von 26 Beiträgen die Invalidenunterstützung zu gewähren.

Friedrichsthal. Der Verbandstag möge beschließen, den Mitgliedern des DGB, die einer Pensionklasse angehören (so der Süddeutschen Knappschaftspensionklasse) steht der Beitritt zur Invalidenversicherung frei.

Gießen. Ein 65 Jahre altes Mitglied, das Altersrente bezieht und seinen Erwerb mehr hat, weil es bei dem Alter keine Arbeit mehr erhält, kommt auf Grund seines Gesundheitszustandes, auch wenn es noch nicht 66½ % % invalidiert ist, gemäß seiner Beitragsleistung ohne ärztliches Attest in den Genuß der Unterstützung.

Hamburg. Die Verwaltungsstelle Hamburg begrüßt die Vorlage des Vorstandes zur Einführung einer Invalidenunterstützung in unserem Verbande. Sie nimmt Abstand von der Stellung einzelner Abänderungsanträge, beantragt jedoch, daß die Einführung der Invalidenunterstützung mit der dafür notwendigen Beitragserhöhung eine Neugestaltung oder Staffelform der in den §§ 15 und 16 der Verbandsatzung vorgesehenen Unterstützungen nicht hindern darf.

Hamburg. Bei Einführung der Invalidenversicherung im DGB ist den Gründern des Verbandes sofortige Bezugsberechtigung einzuräumen und nicht erst, wie im Entwurf vorgesehen, nach zwei Jahren.

Herrn. Die Wartezeit von sechs Jahren soll noch auf das Eintrittsjahr 1920 ausgebeht und erst mit Beginn des Eintrittsjahres 1921 auf 10 Jahre erhöht werden.

Stegolstadt. Alle Kriegsteilnehmer, deren Mitgliedschaft eine Unterbrechung erfahren hat, sollen so behandelt werden, als wenn die Mitgliedschaft nicht unterbrochen worden wäre.

Königsberg. Der Verbandstag möge beschließen, daß die einzuführende Unterstützung den Namen „Alters- und Invalidenunterstützung“ führt und das Bezugsalter, entgegen der Reichs- und Altersunterstützung, von 65 Jahren auf 60 Jahre herabgesetzt wird.

Köln. Bei Einführung der Altersversicherung wolle der Verbandstag beschließen: Den im Jahre 1891 dem Verband beigetretenen Mitgliedern nach Möglichkeit sofort, spätestens jedoch am 1. Juli 1929

nach einer Mitgliedschaft von 30 Jahren nach 2 Jahren	25	4
	20	6
	15	6

bei eingetretener Invalidität Unterstützung zu gewähren.

Laubitz (Warthe). Außer der Invalidenunterstützung auch eine Altersunterstützung zu schaffen, die Altersgrenze auf 60 Jahre herabzusetzen.

Alle Invaliden und über 60 Jahre alten Mitglieder, die bei Inkrafttreten der neuen Paragraphen schon länger als 25 Jahre dem Verband annerkennbar angehören, erhalten sofort eine Unterstützung.

Leer. Alle Kollegen, die seit 25 Jahren und länger dem Verband angehören und heute schon Invalide sind, sollen bei Inkrafttreten der Invalidenunterstützung gleich in den Genuß der Unterstützung gelangen.

Leipzig. Der Witwe der verstorbenen Kollegen, die Invalidenunterstützung bezogen haben, die Unterstützung oder einen Teil derselben weiterzuzahlen, damit die betreffende Witwe vor der äußersten Not geschützt ist.

Meiningen. Mitglieder, die beim Inkrafttreten der Invalidenunterstützung mindestens 16 Wochenbeiträge geleistet haben, sich das Recht zu, die an ihrer Karenzzeit noch fehlenden Beiträge in kürzeren Zeiträumen zu entrichten und erwerben mit der Erfüllung aller Beiträge die Anwartschaft auf den Bezug von Invalidenunterstützung.

Nieders., Schweidnitz. Wir beantragen: die Beitragserhöhung, die bei Einführung der Invalidenunterstützung vorzichi, dazu zu verwenden, daß die Streikunterstützung erhöht wird, da die gegenwärtigen Verhältnisse nicht mehr angepaßt erscheinen.

Penzig. Der Verbandstag wolle beschließen: a) die Invalidenunterstützung wird gewährt bei 50 % Invalidität, b) wenn das 60. Lebensjahr erreicht ist.

Stuttgart, Bezirk Untertürkheim. Die am 27. April 1928 stattgefundene Bezirksversammlung Untertürkheim-Wangen der Ortsverwaltung Stuttgart des DGB begrüßt den Entwurf des Vorstandes des DGB zur Einführung der Invalidenversicherung im Deutschen Metallarbeiter-Verband und fordert den Verbandstag auf, die Einführung dieses Unterstützungsweiges zu beschließen unter Berücksichtigung der nachfolgenden Verbesserungen:

- a) Gerabiegung der Erwerbsminderung auf 50 %.
- b) Jeder Kollege, der die staatliche Altersrente bezieht, erhält ebenfalls die Invalidenrente des DGB nach Maßgabe seiner kognungsmöglichen Ansprüche oder geleisteten Beiträge.

Wesel-Schulau. Befreiung aller Kollegen über 60 Jahre von der obliegenden Beitragsleistung zur Invalidenversicherung.

Willingen. Der Verbandstag lehnt die Einführung der Invalidenversicherung innerhalb unseres Verbandes ab. Er verlangt, daß ein harter und zielbewußter Kampf organisiert und geführt werden muß innerhalb sowie außerhalb des Parlamentes für eine einheitliche Regelung der Sozialgesetzgebung.

Darüber hinaus ist sich allerdings der Verbandstag klar, daß eine vollständig befriedigende Lösung der Sozialgesetzgebung erst herbeigeführt werden kann, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung durch die sozialistische Wirtschaftsordnung ersetzt ist.

Daher ist es Aufgabe des Verbandes, seine Kräfte dahingehend zu konzentrieren, um den Sturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf dem schnellsten Wege herbeizuführen.

Wesend. Der Verbandstag wird ersucht, die Vorlage des Hauptvorstandes zu ändern. Die Beiträge sind obligatorisch für alle männlichen Mitglieder, die beim Inkrafttreten das 50. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Den männlichen Mitgliedern, die das 50. Lebensjahr vollendet haben und erst nach dem Jahre 1920 dem Verband beigetreten sind, soll es frei stehen, erhöhte oder Grundbeiträge zu entrichten. Beim Ableben ist, falls ein Mitglied noch nicht unterstützungsberechtigt war, das eingeschaltete Geld zur Invalidenunterstützung an die Hinterbliebenen zurückzuzahlen.

- 1. Der Verbandstag soll prüfen, ob es möglich ist, daß die gezahlten Beiträge an die Invalidenversicherung beim Todesfall des Mitgliedes an die Angehörigen desselben zurückgezahlt werden können.
- 2. Mitglieder, die infolge vorgeschrittenen Alters keine Arbeit mehr finden können, werden nach Leistung von mindestens 1500 Beiträgen bezugsberechtigt für die Invalidenunterstützung. Für die Dauer der Zeit, in der ein Mitglied in Arbeit steht, entfällt der Anspruch auf Invalidenunterstützung bis zur neuen Arbeitslosigkeit.

Vom 30jährigen Magenleiden befreit

Öffentliche Dankeschreiben:
 Aus Dankbarkeit teile ich Ihnen mit, daß der von meinem Sohne besorgte Gerbaria-Magenbittertee bei mir Wunder vollbracht hat. Ich litt seit etwa 30 Jahren an Magenverengung und Magenkrämpfen. Vor drei Jahren kamen Magenbeschwerden hinzu. Ich wußte nicht mehr, was anfangen. Bis ich dann Ihren Bittertee erhielt, verfuhr ich schon nach Verbrauch des ersten Pakets Bitterung und nach Verbrauch von drei weiteren Paketen fühlte ich mich wie neugeboren. Ich bin wieder Mensch geworden, kann meine Arbeit leisten wie seit langen Jahren nicht mehr. Ich werde Ihren Tee weiter gebrauchen und jedem Magenleidenden empfehlen. Beifolgend eine Bescheinigung auf sechs Pakete an einen Bekannten in Südbahle und bitte um schnelle Lieferung.
 Philipp Wagner, Jarmar, Herrn Oberpostdirektor (Hofstraße).
 Da ich sollte operiert werden, wolle ich erst Ihren Magen Tee probieren. Habe

das Magenleiden schon 30 Jahre, konnte gar nicht mehr arbeiten und fast nichts mehr essen. Seit ich Ihren Tee trinke, habe ich keine Schmerzen mehr und kann schlafen und essen, was kommt, bin wie neugeboren und empfehle Sie überall. Geben Sie mir nochmals 6 Pakete mit.
 Frau Sofie Greiner, Glasstätten.
 Aus tiefstem Dankgefühl teile ich Ihnen mit, daß der von einer Bekannten besorgte Gerbaria-Magenbittertee gut getan hat. Nach zehn Jahre langer Darmverengung fühle ich mich seit drei Wochen wieder wie neugeboren. Sobald ich in mein Mutterhaus zurückkehrte, wurde ich meiner Oberin und Herrn Weinstadt, der mir nach wiederholter Operation die Gesundheit nicht verschaffen konnte, dieses Wunder erzählt und Ihren Tee boten, wo ich dann, was empfohlen. Da solche Bewunderung bei Offenheit mit gutem Willen belohnt werden darf, bitte ich darum, mein Dankeschreiben zu veröffentlichen.
 Schwester Emilie Kniepert, Charlottenburg.

Kropfen wir unseren Gerbaria-Magenbittertee nicht als Heilmittel anpreisen, sondern als ein vorzügliches diätetisches Genußmittel für Magenleidende empfänglichen und innerhalb weniger Jahre einige Hundert ähnliche Getriebene ob unter geringstem Aufwand, also völlig freiwillig und aus eigenem Antrieb der Braucher zu, die wir aber unmöglich alle abdrucken lassen können. Diese wenig wertvollen Beweise aber genügend, daß unser Philippburger Gerbaria-Magenbittertee bei vielen Magenleidenden, wie Magenkrämpfe, verengtem Magen, Appetitlosigkeit, Verdauungsbeschwerden, nervösen Magenbeschwerden, Magenkrämpfen, Magenverengungen usw. ein bewährtes Heilmittel ist, das kein Magenleidender unprobiert lassen sollte. Paket 3,20 M., 6 Pakete 9 M. franco bei Einlieferung des Betrages mit Bestellung. (Nur drei bis sechs Pakete.)
 Kleiniger Hersteller:
 Gerbaria-Fabrik Philippburg M 804 (Waden).

Facharbeiterkollegen! Bestellt sofort bei eurer Verwaltungstelle die technische Zeitschrift **Energie**

die von diesem Zeitpunkt an regelmäßig in einem Umfang von 32 Seiten monatlich erscheinen wird und abwechselnd alle wichtigen Berufsgruppen der Metallindustrie berücksichtigen soll. Die Zeitschrift wird in hochwertigem Kupfertiefdruck hergestellt und bringt neben interessanten Illustrationen wertvolle Aufsätze erster Fachleute aus allen Gebieten der Technik. Einzelnummer 25 Pf.

Erfinder
 Was soll: „Was muß noch erfunden werden?“ wird gratis versandt. Falkner, Berlin-Charl. Straße 54.

Raucht GARBÁTY Baccarat 5

Arcona-Räder
 Die Qualitätsmerkmale! Handelt die Frage, was das beste Gebrauchsrad Marke Arcona, Mod. 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Billige böhmische Bettfedern
 Nur reine gutfüllende Sorten - Ein kg graue geschlossene Mk. 3,- halbweiße Mk. 4,- weiße Mk. 5,- bessere Mk. 6,- 7,-, dann weiße Mk. 8,- 10,-, beste Sorte Mk. 12,- 14,- weiße ungeschlossene Mk. 7,50 Mk. 9,50, beste Sorte Mk. 11,-. Versand portofrei, kollfrei gegen Nachnahme frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. Bescheid Sachsel, Lohes 34, bei Pilsen, Böhmen.

Gratis-Preisliste
 Hygien- und chirurg. Artikel
Gummi-Hering Abt. 2
 Berlin C 2

Zu gehobenen Stellungen gelangen Sie durch Heimstudium o. Fernunterricht o. Berufsunterbrech. Theoret. Ausbild. in Maschinenbau, Elektrotechn., Flugtechn., Volkswirtschaft. Verlangen Sie Studienprogramm K. M. durch FERNSCHULE JENA

Betten aus dichten Bett-Inlett
 Oberbett mit 7 Pfund 15,85 19,75 23,75
 Unterbett mit 6 Pfund 14,90 18,20 22,50
 1 Kissen mit 2 1/2 Pfund 4,50 5,30 6,90
 Vollständiges Bett 35,- 43,- 53,-
 Bettfedern 1,25 1,50 2,40
 Halbdannen 3,- 4,50 8,50
 Dannen 3,50 10,50 12,50
 Preisliste gratis. Umtausch oder Geld zurück. Viele Danksch. Nachnahmeverfahren. Bettenfabrik H. Möller, Kassel 70, Münchbergstr. 8/9

MUSIK-Instrumente
 aller Art
 billigst direkt an Private.
 Katalog gratis. Auch Teils.
 Carl Meinel, Georgenthal 12 bei Klingenthal (S.).

Zigaretten
 ein feiner Genuss
 Zeronin 5 Pf
 Thadmar 4 Pf
 Arbeitersportler 4 Pf

Gegen rote Hände
 und ungesunde Hautfarbe verwendet man am besten die feinsten, weichen, fettreichen Cremes Leodor, welche den Händen und dem Gesicht jene milde Weiche verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese unerschöpfliche Creme wundervoll fähig ist, die Haut der Hände und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder zu sein. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem tauschig gewöhnlichen Frühlingstrunk von Nelken, Magnolien und Lilien, ohne jenes herbe, verhasste Moschusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. - Preis der Tube 60 Pf. und 1 Mk. - In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben. - Bei direkter Einlieferung dieses Inzerates als Druckerei erhalten Sie eine kleine Probeabgabe kostenlos. Bestellen Sie bei Geo-Werte A.-G., Dresden-Pl. 6

Direkt ab Fabrik an Private
 Verlangen Sie meine Preisliste gratis
Berlin-, Sport- und Lederbekleidung
 Mechanische Kleiderfabrik
Versandhaus Fritz Ulrich
 Altona-Elbe 4, Osterstraße 34-36

MUSIK-Instrumente
 HEROLDICS
 KAUENUR EIN HEROLDIC-INSTRUMENT

Gratis-Preisliste
 sendet Gummi-Medicin
 BERLIN SW 68
 Alte Jakobstraße 8

Elektromotor durch Fernunterricht
 Prospekt 3 frei. - Privatunterricht Dipl.-Ing. LESSER, Berlin-Wilmersdorf, Wilmerspasse 61

Autofahrer
 Praktisch! Der wasserdichte „Regenschutz“
 in der Rocktasche zu tragen (Lange Mantelform). Amerikanische Neuheit! Gewicht nur ca. 200 gr. Unentbehrlich für jeden Herrn und jede Dame in Regen u. Schneesport. Preis mit Etui und Garantieschein Mk. 3,70, 3 Stück nur Mk. 8,60 fr. Nachnahme.
 Otto-Versand K&H 229 Schießbach 808.

Schmeiß jeder Sachchen spüßter, aber leicht als er ausgegeben. Darum bedenke, daß Du Dir Geldwertiges kaufst. Wie man es von Dir hat, verkaufe auch Du stets nur das Beste!

MAUXION
 KAKAO - SCHOKOLADE - PRALINEN

Liquid
 das Rad für alle
 unwiderstehlich von schwindigem Bau und spielendem Lauf 3 Jahre Garantie! Besonders niedrige Preise weil direkt ab Fabrik!

Spannrad schon für M. 38,-
 Spannrad, Photos und Sportrad. Mechanismus über Schwanz- und Schaltwerk ist so primitiv wie kein anderes. Einfach zu bedienen, zuverlässig, langlebig. Sie bekommen das Spannrad schon für M. 38,-. Bestellen Sie bei der Liquid-Fabrik, Jassid 439.

bestimmte Teilzahlung

BETTEN
 nicht nur gut, prima federweich, sondern auch leicht, bequem, Unterbett, 2 Kissen mit 17 Pfund, ganz Federfüllung 22,50, bessere Füllung 44,50, bessere Füllung 54,50, Bettfedern halbdannen, Tannen, Kissen, Nachbetten, Dampfbett, Bett, Postel, ganz, halbdannen, Geld zurück, Bestellungen: Frankfurter, Kassel 34, Postfach 60

Photo
 Apparate
 sehr leichte Zahlungsweise
 Dresden
 Dresden-Alt 18
 Friedrichsplatz

Größte Produktion der Welt!

OPEL

Verkaufsstellen werden nachgewiesen durch:
 Nationale Automobil-Gesellschaft A.-G.
 Abteilung Prestowerke Chemnitz 2